

# Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gesp. Zeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergehülfe (Inserate) sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 25.

Sonntag, den 21. Juni.

1903.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

## Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag Abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag Vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

## Tabak und Bier.

Es wird Ernst, fürchterlicher Ernst mit der höheren Besteuerung des Tabaks im neuen Reichstag. Nicht ohne Absicht ist von den Offiziösen in der Wahlbewegung immer wieder auf den bekannnten Ausspruch des Reichschatzsekretärs Bezug genommen worden, wonach bei neuen Steuerplänen Bier und Tabak in erster Reihe stehen. Nur Nichtkenner des parlamentarischen Betriebes und der Regierungsgespinntheiten konnten sich an den Beschwichtigungsreden des Staatssekretärs Grafen Posadowsky beruhigen. Daß es solche Gutgläubige in der Tabakindustrie noch gibt, ist aber nur ein Beweis dafür, daß diese — nicht alle werden.

Für uns bedurfte es gar nicht der neuesten Meldung, nach der bei der Anwesenheit des bayerischen Ministerpräsidenten v. Bodewils in Berlin eingehende Besprechungen über die Einführung einer Tabak- und Biersteuer stattgefunden haben und daß bei der demnächstigen Konferenz der bundesstaatlichen Finanzminister in Berlin wegen der Reichsfinanzreform die Einführung dieser Steuern bereits einen Gegenstand des Verhandlungsthemas bilden wird. Es steht für uns bombenfest, daß die Regierung bei ihren ersten Steuerforderungen an den neuen Reichstag den Angriff auf Tabak und Bier unternimmt. Sie braucht viel Geld und wird sich mit der Lumperei von einigen Willkür nicht abgeben. Eine Reichseinkommensteuer will sie nicht einführen, um nicht den direkten Einkommensteuern in den Einzelstaaten ins Gehege zu geraten, sie wird also zur indirekten Besteuerung von Massenverbrauchsartikeln greifen — zuerst für Bier und Tabak. Die Münchener Neuesten Nachrichten werfen der Regierung den Tabak als Opfer hin, um die für Bayern durchaus unpopuläre Biersteuer abzuwenden; sie schreiben, daß der Gedanke einer Reichseinkommensteuer bis auf weiteres als nicht diskutabel angesehen werden dürfte.

Dann heißt es weiter:

„Dabei ist zu beachten, daß die Ungewißheit über das Schicksal unserer künftigen Pölle eine grundlegendende Reform der Reichsfinanzen unmöglich macht. Man wird sich damit vertraut machen müssen, daß die Verbrauchssteuern vorläufig auch weiter zur Deckung des wachsenden Reichsbedarfs herangezogen werden müssen. In welcher Art das geschehen dürfte, darüber sind seit langem in der Presse Erörterungen angestellt und das zunächst in Frage kommende Objekt ist nicht mehr unbekannt. Es handelt sich um die Besteuerung des Tabaks, jenes Genussmittels, das trotz seiner Einbürgerung bis in die untersten Schichten des Volkes doch immer noch am meisten den Charakter eines Luxusgenusses trägt. Es ist bekannt, daß der bayerische Finanzminister wiederholt auf diese fiskalisch noch wenig berührte Steuerquelle hingewiesen hat. Die Versuche, eine Fabriksteuer — die gegenwärtig bestehende Tabaksteuer ist in der Hauptsache eine Gewichtssteuer mit der Nebenform einer Flächensteuer, wozu dann noch die Surrogatsteuer hinzukommt — einzuführen, sind 1893 und 1895 ohne Erfolg gemacht worden, aber angesichts der immer dringlicher werdenden Schwierigkeiten des Reichshaushaltes wird diesmal der Widerstand des Reichstages wohl geringer sein als vor 10 und 8 Jahren. Wenn neben einer Tabakfabriksteuer auch eine Biersteuer in Erwägung gezogen worden ist, so glauben wir sagen zu können, daß dieses Projekt weit geringere Aussichten hat und daß jedenfalls Bayern mit sehr gewichtigen Bedenken einem solchen Vorschlag entgegentreten wird.“

Es wird aber der bayerischen Regierung nichts übrig bleiben, als mit der höheren Besteuerung des Tabaks auch die des Bieres hinnehmen zu müssen — wenn, wie das Blatt annimmt, der Widerstand gegen die Tabakfabriksteuer geringer sein sollte, als vor acht oder zehn Jahren. Die bayerische Regierung will sich die Einnahmen aus der Bierbesteuerung durch die Reichsregierung nicht schmälern lassen und ist schon aus diesem Grunde dem Biersteuerprojekt abhold. Und eine echt bayerische Volksbewegung wird sie gegen die Biersteuer zur Seite haben. Aber wir glauben bis jetzt noch nicht, daß der Widerstand gegen die Tabakfabriksteuer eine geringere sein wird.

Verdächtig ist die Zurückhaltung der Großindustriellen in der Tabakbranche bei den Reichstagswahlen. Jetzt, wo es darauf ankommt, die Kandidaten resp. Abgeordneten gegen jede Erhöhung der Tabakbesteuerung zu verpflichten, verhielten sich die maßgebenden Fabrikantenkreise mehr als lau. Freilich hätten sie dann zugestehen müssen, daß die sozialdemokratischen Kandidaten und Abgeordneten die sicherste Garantie gegen diese Steuerpläne boten und die

Zweideutigkeit der bürgerlichen Kandidaten eine Gefahr auch für die Tabakindustrie bedeute, aber in ihrer Feindseligkeit gegen die Sozialdemokratie hätten sich die Fabrikanten zu einem solchen Zugeständnis nicht überwinden können und kamen darum in ihrer Agitation gegen die höhere Besteuerung des Tabaks über Halbheiten nicht hinaus. Kein Wunder, wenn die Offiziösen annehmen, der Widerstand gegen die Tabakfabriksteuer sei geringer als früher.

Sollte auch die Regierung zu dieser Meinung neigen und sich deshalb zu ihren Tabaksteuerplänen gestärkt fühlen, so wäre das der Laubeit der Tabakindustriellen bei der Wahl zuzuschreiben. Ob sie das, wenn die Gefahr direkt droht und dann die Tabakindustrie sofort zum Kampf übergehen muß, dann wieder gut machen können, ist sehr zweifelhaft.

Nichtsdestoweniger werden die Arbeiter der Tabakindustrie, voran die organisierten, den Kampf mit allen Kräften aufnehmen. Außerhalb des Reichstages sind sie der Unterstützung der sozialdemokratischen Partei sicher; und im Reichstage selbst wird die sozialdemokratische Fraktion abermals die Führung im Kampfe gegen die angelegten Steuerprojekte übernehmen. Dann werden sich auch die Unternehmer diese Unterstützung ganz gern gefallen lassen; aber wir werden dann in die Lage kommen, ihnen nachzuweisen, wo sie ihre Pflicht bei den Wahlen veräußert haben.

Jedoch auch den Tabakarbeitern, die nicht dem Deutschen Tabakarbeiterverband angehören und in ihrer Verblendung die Kandidaten anderer Parteien, als der Arbeiterpartei wählen, wird es dann begreiflich gemacht werden, wie sie gegen ihre eigensten Interessen handelten. Besonders auf die Zentrumsparthei wird es bei den Bier- und Tabaksteuerprojekten ankommen.

Die bayerischen Zentrumsabgeordneten werden ganz nach dem Rezept der Münchener Neuesten Nachrichten verfahren und dem Tabak so viel wie möglich aufzuhalsen suchen, damit die Biersteuer noch einmal zurückgeworfen werden kann, — denn im Lande des Bieres wollen sich die schwarzen Zentrumsleute nicht unpopulär machen. Die Biersteuer könnte sehr viele bayerische Zentrumswähler recht ungemütlich machen, daher sind die bayerischen Zentrumsabgeordneten à la Schädler für die höhere Verzollung ausländischen Tabaks, mit der sie obendrein den bayerisch-pfälzischen Tabakbauern ein hinaufgehen der Preise für Pfälzer überhaupt für deutschen Tabak vorkaufeln und so zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen wollen.

So stehen die Dinge. Und es wird des energischen Auftretens der Tabakarbeiter, besonders derer, die dem Zentrum Wahlhilfe leisteten, bedürfen, wenn das Unheil abgewendet werden soll. Die Unorganisierten und Christlich-sozialen müssen mit uns den Grundsatz vertreten: Besteuert die Reichen durch eine Reichseinkommensteuer, belastet nicht die Armen; die eine Pfeife Tabak und einen Trunk Bier zu ihrem notwendigen Lebensunterhalt brauchen!

Jedenfalls wird der neue Reichstag, wenn die Regierung mit ihren Plänen hervortritt, heftigere Kämpfe sehen, als der frühere.

## Gewerkschaften und Sozialdemokratie.

Die eben stattgefundenen Wahlen zum Reichstage haben die Sozialdemokratie Hand in Hand mit den Gewerkschaften gehen sehen, wie sich das für Deutschland eigentlich von selbst versteht. Streng genommen ist es noch bei keiner Wahl anders gewesen, weil die politische Betätigungsförm der zahlreichen Gewerkschaften zur Entwicklung der Arbeiterbewegung im Reiche der parlamentarischen Tätigkeit der Sozialdemokratie bedarf und eine selbständige, gewerkschaftlich-parlamentarische Gruppenbildung, wie sie von einzelnen innerhalb unserer Reihen von Zeit zu Zeit angestrebt worden ist, auch keine Berechtigung hätte. Der ökonomische Kampf der Arbeiter, der Klassenkampf, findet in der sozialdemokratischen Partei seinen politischen Ausdruck, wie denn auch die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftler politisch durch den Freisinn, die christlichen Gewerkschaftler durch das Zentrum vertreten werden. Die Berührungspunkte von politischer Tätigkeit und ökonomischem Kampf sind so zahlreiche und innige, daß eine Verleugnung der politischen Parteifarbe gar keinen Zweck hätte und vollends die sogenannten neutralen Gewerkschaften, von welchen man seinerzeit ein so großes Aufheben gemacht hat, sind im Embryo verblieben, weil bei dem Zueinandergreifen von ökonomischem Kampf und politischer Betätigung alle Neutralität notwendig zum Teufel gehen muß. Es hat sich denn auch

wiederholentlich bei Beratungen im Reichstage, wie bei von den Gewerkschaften verschiedener politischer Couleur aufgestellten Forderungen die Forderungen der Gewerkschaftler ähnliche oder wenigstens annähernd dieselben waren, die bei Strafe des Verlustes der Anhängererschaft in Gewerkschaftskreisen, notwendig auch von freisinnigen oder Zentrumsabgeordneten vertreten werden mußten. Bei den genannten bürgerlichen Parteien bildet die gewerkschaftliche Bewegung nur zu einem kleinen Teil, bei der Sozialdemokratie zu drei Vierteln heute in Deutschland das Rückgrat. Eben darum wäre eine Art Versteckspielen über die politische Zugehörigkeit der Gewerkschaften sozialdemokratischer Oberbann zu dieser politischen Partei auch gar nicht angebracht und es war erst kurz vor der Wahl erfreulich zu lesen, daß das Leipziger Gewerkschaftskartell beschloß, rücksichtslos und offen in dem Wahlkampf für die Sozialdemokratie einzutreten. Nicht immer und überall haben Gewerkschaftskartelle diesen goldenen Mut gezeigt und hier und da mögen ja auch lokale Umstände entschuldigend dafür angeführt werden.

Seit der Ausbreitung der örtlichen Gewerkschaftskartelle ist in das frühere Durcheinander der Branchenorganisationen an Orte mehr Festigkeit und einheitliche energische Betätigung gekommen, ja die örtlichen Gewerkschaftskartelle haben sich gewissermaßen zu einer Kontrollbehörde der Tätigkeit der einzelnen Branchen am Ort entwickelt. Der Trieb der Nachlieferung, der Konkurrenzfähigkeit mit andern benachbarten Kartellen hat zur Einbeziehung resp. Schaffung neuer Branchenorganisationen geführt, ja es sind lokaliter Branchen in den Kartellen vertreten, die annoch eine Zentralisation im Reiche nicht besitzen, eine solche jedoch mit dem Erstarken und der Verbielfältigung dieser Branchen an den Orten früher oder später zur Schaffung einer Zentralorganisation führen müssen.

Das sind Vorteile, die uns die örtlichen Gewerkschaftskartelle gebracht haben, nicht zu verschweigen ist dabei, daß auch die Arbeitersekretariate und die Auskunftsstellen viele unorganisierte Arbeiter in ihre Branchenorganisationen getrieben haben, da auch Rat und Hilfe in der Not Faktoren bei der Erstarkung der Gewerkschaften sind. Die Gewerkschaften befragen ja, und das mit vollem Recht, zunächst bei seinem Eintritt kein Mitglied um seine politische Gesinnung. Die Zugehörigkeit zur Branche und die Absicht, es in der Vereinigung weiter zu bringen, als in der Isolation, genügt den Gewerkschaften und indem die letzteren die Erörterung politischer Fragen erst in zweite oder dritte Linie stellen, kommen sie auch jenen bedächtigen Gewerkschaftlern entgegen, welche stets davor warnen zu müssen glauben, gleich mit der Tiire ins Haus zu fallen. Die Erziehung zum politischen Parteigenossen macht sich in den meisten Fällen von selbst. Der Umgang mit den Arbeits- und Klassenossen, das Lesen des Fachblatts, der Besuch gewerkschaftlicher und politischer Versammlungen wandelt früher oder später, meist jedoch nach kurzer Zeit, die Saulusse in Paulusse um und wohl die meisten unter uns haben einen solchen Tag von Damaskus erlebt.

So sind die Gewerkschaften unserer Richtung — im Gegensatz zu den Hirsch-Dunckerschen oder christlichen Gewerkschaftlern — geistig untrennbar mit der politischen Bewegung, der sozialdemokratischen, verbunden, mögen sich auch viele Neulinge in den Gewerkschaften noch eine Weile gegen ihre Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie sträuben. Wie sehr auch die Gewerkschaften in erster Linie ihren eigenen Weg zu gehen haben, — das liegt in der Sache —, wie unmittelbar auch die Lohnkämpfe, die Kämpfe um die Arbeitszeit, die Form der Arbeit, die Arbeitsordnungen u. a. m. den gewerkschaftlichen Organisationen zu führen überlassen bleiben müssen, so können sie in politischer Hinsicht der Sozialdemokratie nicht entraten, schon weil diese die einzig ehrliche Partei ist, die die gewerkschaftlichen Postulate in den Parlamenten voll und rücksichtslos vertritt, ja, die auch die Führung für die andern, noch im christlichen oder Freisinnswasser schwimmenden Gewerkschaften übernimmt, ob nun diese Organisationen dies wollen oder nicht; die Erfolge kommen diesen ebenfalls mit zu gute.

Aus diesen Gründen allen ist es bloß noch eine Frage der Zeit, daß die eben erwähnten Gewerkschaften ihre politischen Lager verlassen und in unser Lager einschwenken. Wir brauchen dazu keine Proselyten zu machen, ja, wir brauchen nicht einmal ein Firmenschild der politischen Neutralität vorzuhängen.

Unsre politischen Gegner sind sich längst darüber klar, daß unsere Gewerkschaften mit der politischen Bewegung identisch sind, daß dieselben nur ein anderer Ausdruck dafür, eine andre Betätigungsform sind, und daß schließ-

Ich auch die Ziele der Branchengenossen in die politischen Ziele der Sozialdemokratie ausmünden.

Wenn das aber bereits die Gegner wissen und in ihren Zeitungen hervorheben, so haben wir erst recht keine Veranlassung, mit unserm politischen Bekenntnis hinter dem Berge zu halten, befürchtend, dadurch Branchengenossen zu verlieren oder weniger dergleichen zu gewinnen, oder Scherereien mit den Behörden aus dem Wege zu gehen.

Wenn heute abermals ein Sozialistengesetz möglich wäre — was nicht möglich ist —, dann würden auch unsere Gewerkschaften erfahren, daß Regierungen und Behörden die Gewerkschaften mit gleicher Maße wie die politische Organisation der Sozialdemokratie mißt. Das Zucht-hausgesetz, das vor nicht langer Zeit etwa ein Jahr einem Damoklesschwert gleich über den deutschen Arbeiterorganisationen geschwebt hat, hat den Gewerkschaften gezeigt, daß sie ohne die politische Führung und Vorhut im Kampfe, ohne die sozialdemokratische Partei verloren gewesen sein würden.

Gerade der günstige Abschluß der diesmaligen Reichstagswahl für die sozialdemokratische Partei legt uns diese Erwägungen nahe. Wir zweifeln nicht, daß die Zeit der neutralen Neigungen in politischer Beziehung für die deutschen Gewerkschaften ein für allemal vorbei ist. Und das ist gut so!

## Schutz des Koalitionsrechts.

Die Mangelhaftigkeit des deutschen Koalitionsrechts wird durch nichts schlagender bewiesen, als durch die brutalen Massenausperrungen und Koalitionsentrechtungsversuche der Unternehmerverbände. Als himmelschreiendes Unrecht muß es empfunden werden, daß ein Unternehmer, der die wirtschaftliche Existenz Tausender von Arbeitern in seiner Hand hat, wie der Norddeutsche Lloyd, seinen Leuten ungestraft die Verbandsbücher abnehmen und sie zum Austritt aus ihrer Gewerkschaft zwingen darf, während zu gleicher Zeit deutsche Richter jeden Arbeiter wegen Erpressung zu Gefängnisstrafen verurteilen, die mit Nichtorganisierten und Streikbrechern nicht zusammen arbeiten wollen und die Arbeit niederlegen. Und nicht minder fühlt jeder den Widerspruch heraus, daß man Arbeiter als Erpresser oder Rädler bestraft, wenn sie durch Ankündigung sofortiger Arbeitseinstellung einen Druck auf Unternehmer ausüben wollen, während in Bremen die Baugewerksmeister ungestraft 4200 Arbeiter mit Aussperrung bedrohen und die Drohung verwirklichen konnten, um die Einstellung des Klemmerstreiks zu erzwingen. Gerade im letzteren Falle, wo es sich zugleich um ein tarifbrüchiges Verhalten der Meister handelte, liegen alle Merkmale der widerrechtlichen Drohung und Zwangsangewandtheit vor, die das Reichsgericht seinen bekannten Erpressungsdefinitionen zu Grunde legte. Wenn in solcher Weise Licht und Schatten ungleich verteilt sind und die Koalition der Arbeiter rechtlich allen Gewalttaten der Unternehmer und allen juristischen Spitzfindigkeiten preisgegeben ist, während die Arbeitgeber straflos sich jede Willkür erlauben können, so müssen diese Mängel der heutigen Rechtsordnung auch dem Blödesten offenbar werden. Die Massenausperrungen rücken diese Mängel in das hellste Licht und lenken auf sie die Aufmerksamkeit bürgerlicher Kreise, die sonst außerhalb der Koalitionskämpfe stehen. So schreibt Professor Franke in der Sozialen Praxis über die dringendsten Aufgaben der Sozialreform:

Es wird behauptet, jede Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechts, jede Beseitigung der Schranken des Vereinsrechts komme nur der sozialdemokratischen Bewegung zu gute. Wir kennen etwas schlimmeres als die Sozialdemokratie, das ist die Angst vor der Sozialdemokratie und ihre Tochter, die Reaktion mit ihren Anebelgesetzen, die großächtig, was sie erziehen sollen, hat jüngst die kölnische Zeitung geschrieben. Sehr wahr! Und, fügt man hinzu: Reich und Staat haben Gerechtigkeit und Unparteilichkeit auch dann walten zu lassen, wenn es sich sozialdemokratische Arbeitermassen handelt. . . . Jede Einigung des Koalitionsrechts, jede als Ungerechtigkeit, als Härte oder auch nur als Schikane empfundene Maßregelung treibt diese Massen immer näher und fester an die politische Sozialdemokratie, in der allein sie die Rettung sehen gegen erlittene Unbill, die einzige Erlöserin aus Not und Elend.

Die Arbeiterorganisationen haben längst aufgehört, „nichts als Streikvereine“ zu sein. Jeder Blick in ihre Jahres- und Rechenschaftsberichte bezeugt dies. Von Jahr zu Jahr wachsen die Summen für Unterstützungs- und Bildungszwecke stärker an, nehmen die Aufwendungen für Arbeitskämpfe verhältnismäßig ab. Im Durchschnitt sind schon jetzt die letzteren beträchtlich geringer als die ersteren — auch in den freien Gewerkschaften ist dies der Fall. Auch ist es ein Verstummen anzunehmen, daß die Führer und Beamten der Arbeiterberufsvereine eine Freude an Streiks hätten. . . . Allerdings zu reinen Unterstützungs- und Bildungsvereinen sollen die Gewerkschaften nicht herabjäten. Sie müssen Kampfvereine bleiben, sie sollen streben und kämpfen für die Interessen der in ihnen vereinigten Arbeiter, für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, für die Hebung der Lebenshaltung und die Achtung der Arbeiter. Nicht zu stark, wie so vielfach gemahnt oder irrtümlich behauptet wird, sind heutzutage in Deutschland die Arbeiterberufsvereine — nein, zu schwach sind sie! Die Berufsgenossenschaften und Handelskammern haben die Unternehmer von Reichs und Staats wegen organisiert, die Kartelle und Syndikate haben sie wirtschaftlich geeint und eingeständenermaßen ihre Position gegenüber den Arbeitern gestärkt, die Arbeitgeberverbände zu Schutz und Trutz haben in den letzten Jahren eine gewaltige Macht erlangt. Man überblicke doch die Streikbewegung der letzten Jahre! Die Zahl der Niederlagen der Arbeiter bei Streiks ist weit größer als die der Erfolge, die Aussperrungen jedoch waren fast stets gewonnen. Und jetzt, wo nach einer langen Zeit des wirtschaftlichen Druckes das Geschäftsleben sich langsam wieder hebt, da vollziehen sich die Arbeitskämpfe fast durchweg in der Form großer Aussperrungen. Jeder kleine Einzelkämpfer, den die Arbeiter mit einem Arbeitgeber haben, wird von den Unternehmerverbänden mit einer Gesamtausperrung von Tausenden beantwortet, weil sie die Macht in sich fühlen, die Arbeiter zur Annahme ihrer Bedingungen zu zwingen.

Das würde nicht der Fall sein, wenn den Arbeitgeberverbänden gleich starke Gewerkschaften gegenüberstünden. Ein jedes Gleichnis hint, aber wie man mit Recht sagt, daß das Gleichgewicht der gegnerischen Kräfte in der politischen Arena Kriege verhütet und den Frieden sichert, so darf man das Analoge in gewissem Umfange auch von den Parteien im Wirtschaftsleben sagen, die bei aller Gemeinsamkeit der Interessen naturgemäß Gegner hinsichtlich des Anteils am Gewinn und Einkommen sein müssen. Freilich werden Streiks, Aussperrungen, Boykotts nie ganz vermieden werden. Sie sind aber längst nicht Mittel im gewerblichen Kampf allein, sondern werden als völlig legitime Waffen in allen Klassen und Ständen gebraucht. Es ist eine schwere Ungerechtigkeit, wenn man für Arbeiterausstände nur

Worte der Verurteilung hat, während man Aussperrungen, Nerzte- und Apothekerstreiks, Boykottverfügungen von Behörden als etwas Selbstverständliches oder gar Lößliches gelten läßt. Man sollte auch die Bedeutung der gewerblichen Arbeitskämpfe für unser gesamtes Wirtschaftsleben nicht übersehen. Der Verlust an Arbeitstagen, den die Streiks und Lockouts im vorigen Jahre bewirkt haben, wird eine Million kaum übersteigen bei insgesamt etwa 2 Milliarden Arbeitstagen in Gewerbe und Handel, ohne Landwirtschaft und Gießbedienst. Eine Million Arbeitstage aber hat die Nation allein durch die herrschende Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe verloren. Ein einziger voller Feiertag bedeutet ein Einstellen der Tätigkeit von 5 bis 6 Millionen Arbeitern.

Aber das muß noch mit dem größten Nachdruck betont werden: Weder die Arbeitskammern, noch die Tarifgemeinschaften, noch die Einigungsämter, nicht einmal die Arbeiterausschüsse — keine dieser Institutionen des sozialen Friedens ist denkbar ohne die Organisation der Arbeitgeber und der Arbeiter. Wie sollen die Parteien verhandeln und beschließen, wenn sie nicht bevollmächtigte Vertreter, die ihr Vertrauen besitzen, wählen und entsenden? Und wie kann das geschehen, ohne daß die Arbeitgeber und Arbeiter sich in festen Ordnungen zusammenfinden? Flug-sand trägt nicht und eine Masse ohne Disziplin, ohne Organisation und Leitung kann keine Gewähr für die dauernde Einhaltung von Abmachungen liefern. So kommen wir, mögen wir die Sache anfangen, wie wir wollen, immer wieder auf die Notwendigkeit einer Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechts der Arbeiter hinaus, das die Arbeitgeber jetzt schon in vollem Umfange haben und benutzen. Hier liegt die große Aufgabe der deutschen Sozialreform, die an Wichtigkeit alle andern übertrifft. Sie zu lösen ist eine Forderung der Gerechtigkeit und der Zweckmäßigkeit. Je mehr der Staat die Pflicht ausübt, die Schwachen vor der Übermacht der Starken zu schützen, desto mehr soll er die Selbsthilfe da fördern, wo sie aus eigenen Kräften zum Ziele gelangen kann. Und er soll dieser Selbsthilfe die Formen schaffen, die ihre eine Wirksamkeit in Ordnung und Frieden verbürgt. Diese Formen werden in der Organisation gegeben. Reich und Staat müssen das Koalitionsrecht zur vollen Geltung bringen und gleichzeitig die Institutionen zur Sicherung des sozialen Friedens stärken. Dazu ist vornehmlich nötig:

1. Die Ausdehnung des § 152 der Gewerbeordnung auf die Bestrebungen der Arbeiterberufsvereine, soweit sie nicht bloß der Verbesserung, sondern auch der Erhaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und der Erhöhung der allgemeinen Lebenshaltung gelten, und zwar auch dann, wenn die Bestrebungen eine Abänderung der Gesetzgebung ins Auge fassen.

2. Eine Erweiterung des § 153 der Gewerbeordnung dahin, daß nicht nur der Mißbrauch des Koalitionsrechts, sondern auch die mit Drohung oder Gewalt verbundene Verhinderung an der gesetzmäßigen Ausübung bestraft wird.

3. Die Beseitigung der einer freien Ausübung des reichsgesetzlichen Koalitionsrechts in den Einzelstaaten entgegenstehenden Schranken durch Schaffung eines Reichsgesetzes für Vereine und Versammlungen.

4. Die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine ohne Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit.

5. Die Förderung aller Bestrebungen der Arbeitgeber und Arbeiter, in Tarifgemeinschaften die Arbeitsverhältnisse in ihrem Gewerbe fest zu regeln, sowie der Ausbau der Institutionen der Arbeiterausschüsse, der Gewerbegerichte (einschließlich der Kaufmannsgerichte) und der Einigungsämter.

6. Die Errichtung von Arbeitskammern zur Pflege gemeinsamer Angelegenheiten der Arbeitgeber und der Arbeiter.

Die meisten dieser Forderungen hat der Reichstag schon wiederholt ausgesprochen, andere betreffen nur die Erfüllung alter Verheißungen. Noch vor der Arbeiterfürsorge durch Versicherung und Schutz wird diese Aufgabe, das Recht der Selbsthilfe zu organisieren, den wichtigsten Platz in der deutschen Sozialreform einnehmen. Mögen auch die Neuwahlen zum Reichstag unter dem Zeichen dieser Pflicht stehen, mögen die Wähler dafür sorgen, daß die Männer ihres Vertrauens im neuen Reichstag in diesem Sinne als wahre Arbeiterfreunde wirken.

Bei aller Anerkennung der sozialpolitischen Anschauungen derer, die in der Sozialen Praxis den Spuren des Exministers Freiherrn v. Berlepsch folgen, ist doch folgendes zu den zitierten Ausführungen zu bemerken:

Als Herr v. Berlepsch noch preussischer Handelsminister war, mußte er, gedrängt durch die Vertreter des Unternehmertums im Reichstage, seine sehr bescheidenen Arbeitergesetze — Gewerbegerichtsgesetz, Gewerbeordnungsnovelle u. s. w. — zu Gunsten der Unternehmer zurückzuziehen und trotzdem führte die Scharfmacherclique seinen Sturz herbei. Sein Bemühen, durch die Soziale Praxis die entgegenwirkenden bürgerlichen Kreise für seine sozialreformistischen Ansichten zu gewinnen, muß ohne Erfolg bleiben, so lange in jenem Blatt die von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage eingebrachten Arbeiterschutzgesetze gelegentlich als zu weitgehend bekämpft werden, denn das reizt die Scharfmacher zu ihren Angriffen selbst gegen die Taktik der Herren v. Berlepsch, Prof. Franke u. s. w. Die Arbeiter aber fragen: Wenn die Berlepschschen Sozialreformer wirklich die Ungerechtigkeit der sozialpolitischen Gesetzgebung gegen die Arbeiter so tief empfinden, warum unterstützen sie nicht direkt jene im Reichstage eingebrachten sozialdemokratischen Arbeiterschutzanträge?

Glauben sie den sich dagegen stemmenden Elementen im Reichstage sozusagen tropfenweise ihre sozialpolitischen Absichten heizubringen? Diese Taktik täuscht die Scharfmacher nicht und führt zu zweideutigen sozialpolitischen Handlungen, die der Echtmacher Springprozedion verteuelt ähnlich sehen. Diese Taktik ist z. B. dem Zentrum eigen.

Der gerade Weg ist der beste. Muß man die an den Arbeitern begangene schwere Ungerechtigkeit zugestehen und will man ehrlich ihre Folgen von den Arbeitern fernhalten, dann entscheide man sich für die Forderungen der Arbeiter selbst, die unserer Industrie keinen Schaden bringen, im Gegenteil ihr sofort einen großen Aufschwung sichern müßten, wie wir oftmals eingehend dargelegt haben. Die Rücksichtnahme auf die Ausbeuter-Gewohnheiten und die Herrschaft des Unternehmertums machen es nur noch anmaßender. Gebärdet es sich doch jetzt schon, als seien den Arbeitern durch die Arbeiterversicherung und sonstigen Arbeitergesetze die großartigsten Wohltaten zugewendet worden.

Es geht nun einmal nicht anders: Alle ehrlichen Sozialreformer müssen die sozialdemokratischen Arbeiterschutzforderungen unterstützen, wenn sie von den Arbeitern ernst genommen sein wollen.

## Rundschau.

Die Arbeiterpartei hat glänzend gestimmt am 16. Juni. 58 Mandate sind ihr sofort zugefallen, außerdem steht sie in über 100 Kreisen zur Stichwahl. Die Stimmenzahl dürfte annähernd 3 Millionen erreichen. In Sachsen gewann sie allein rund 140 000 Stimmen. Es geht vorwärts!

**Wahlurnen-Enquete.** Bekanntlich werden bei den Reichstagswahlen vielfach sehr unzulängliche und zum Teil höchst fragwürdige Behälter als Wahlurnen verwendet, worunter die sichere und zuverlässige Ausführung des Wahlgeschäfts schwer leidet. Der bekannte Schriftsteller H. Siegfried in Königsberg i. Pr., welcher sich speziell mit wahltechnischen Fragen beschäftigt, ersucht nun von überall her um Mitteilungen über derartige Fälle unter möglichst genauer Beschreibung der Mängel der betreffenden Wahlurnen sowie unter spezieller Bezeichnung des Wahlortes (bei Städten des Wahlbezirks). Andererseits bittet der Genannte auch um Auskunft über Fälle, in denen die Wahlurnen während der Dauer der Wahlhandlung mittels eines Schlüssels verschlossen gehalten worden sind, so daß die Einführung der Wahlkuberts nur durch eine Spalte im Deckel erfolgen konnte. Gerade dieser für eine absolute Sicherung des Wahlgeschäfts höchst wünschenswerte Gebrauch dürfte bisher (etwa von den größeren Städten abgesehen) noch viel zu wenig in Übung sein.

Solche Materialsammlung kann für die Bekämpfung des Unfugs, der heute noch mit den Wahlurnen getrieben wird, sehr nützlich sein; wir empfehlen deshalb, den Wunsch des Herrn Siegfried nach Möglichkeit zu erfüllen.

**Landarbeiter und Wahlfreiheit.** Mit welchen Wahlbeeinflussungen nach wie vor in Preußen östlich der Elbe gearbeitet wird, kann man aus einem Rundschreiben erfahren, das der Liberalen Korrespondenz aus dem Wahlkreise Wirsitz-Schubin zugeht. Darin hält Herr v. Bethmann-Hollweg in Kunowo seinen Arbeitern „im Interesse des guten Einbernehmens“ eine Vorlesung darüber, daß sie so abzustimmen haben, wie Herr Joachim v. Bethmann-Hollweg es wünscht. Die Hauptzüge des Schriftstückes lauten:

„Wir macht es keine Freude, durch allerhand Wohl-fahrtseinrichtungen und Annehmlichkeiten — die Ihnen wohl bekannt sind, — für Arbeiter zu sorgen, in deren Mitte ich Gegner meiner Bestrebungen vermuten muß! Graf Wartensleben, der Landrat unseres Kreises, ist als Kandidat für den Reichstag aufgestellt, und werde ich selbst Herrn Grafen Wartensleben wählen, da ich mir von seiner Tätigkeit und Vertretung gerade für die Landbevölkerung viel verspreche. Graf Wartensleben ist selbst auf dem Lande groß gemorden und weiß am besten, wo es den Arbeitern auf dem Lande fehlt. Wie hat Graf Wartensleben so vielen im Notstands-jahr geholfen und Unterstützung zu teil werden lassen, wo er nur konnte! Ich wende mich an die Aufmerksamkeit und das Ehrgefühl meiner Arbeiter, indem ich sie auffordere, für die Wahl des Herrn Grafen Wartensleben einzutreten; da aber, wo sie Herrn Grafen Wartensleben nicht wählen wollen, sich der Wahl eines andern Kandidaten zu enthalten. Diejenigen, die meinen berechtigten Wünschen hierin entgegenhandeln, können sich nicht wundern, wenn dies einen Einfluß auf ihre Stellung ausübt.“

Herr v. Bethmann-Hollweg verläßt sich auf die Anhänglichkeit und ergebene Gesinnung, deren ihn seine Arbeiter so oft versichert hätten. Das ist der offenbarste Hohn! Dieser Likas des Herrn v. Bethmann-Hollweg läßt uns wieder einmal einen Blick tun in die selbstherrlichen Anschauungen jener Konservativen, die dem Arbeiter nicht einmal die freie Ausübung des einzigen politischen Rechtes, das er hat, des Wahlrechtes, gestatten wollen. Und da wagen die Konservativen noch zu behaupten, daß sie die Rechte des Volkes achteten!

Die Konservativen sind Gegner der selbständigen Gewerkschaftsorganisationen. Im Ratgeber für die Konservativen im deutschen Reiche, herausgegeben im Auftrage der Leitung der konservativen Partei, heißt es Seite 83: Man hatte konservativerseits gehofft, die Arbeiter durch Anregung freier Vereinbildung zu einer von der sozialdemokratischen Führung unabhängigen Gewerkschaftsbewegung leiten zu können. Nach vielen Erfahrungen hat aber die Bewegung eine Richtung angenommen, die oft mehr schadet als nützt. Jedenfalls wird bei weiterer gesetzlicher Regelung mehr als bisher im Sinne der kaiserlichen Sozialpolitik darauf zu sehen sein, daß dem Bedürfnis der Arbeiter nach Zusammenschluß mehr durch solche Organisationen entgegengekommen werde, in denen beide interessierten Teile, die Arbeitgeber und die Arbeiter, sich zur Behandlung der gemeinsamen Interessen beruhenden Fragen zusammenfinden.

Zur Ausführung des Kinderschutzgesetzes erörtert ein Erlaß des Handelsministers die Frage, welche Vorschläge dem Bundesrat für die Festsetzung der Ausnahmebestimmungen betreffend die Beschäftigung eigener Kinder in gewerblichen Betrieben während der zwei ersten Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes gemacht werden sollen. Der Minister gibt dafür folgende generelle Anweisung: Im Interesse des mit dem Gesetze verfolgten Zwecks sei grundsätzlich davon auszugehen, daß bei der Zulassung von Ausnahmen nirgends über das Maß des im wirtschaftlichen Interesse der betroffenen Betriebe unbedingt Gebotenen hinausgegangen wird. Diese Direktive wird im einzelnen wie folgt erläutert:

1. Ausnahmen für Werkstätten mit Motorbetrieb werden in der Regel nicht in Aussicht zu nehmen sein.

2. Ausnahmen für Werkstätten, in denen die Beschäftigung von Kindern nicht nach § 12 des Gesetzes verboten ist (§ 13 Absatz 1), werden in der Regel so zu begrenzen sein, daß die Beschäftigung eigener Kinder in der Zeit zwischen 8 Uhr Abends und 8 Uhr Morgens ausgeschlossen bleibt, und daß eigene Kinder unter acht Jahren nicht beschäftigt werden dürfen. Im übrigen werden Ausnahmen von dem Verbote der Beschäftigung eigener Kinder unter zehn Jahren zulässig nur für solche Hausindustrien in Aussicht zu nehmen sein, in welchen die Kinder mit besonders leichten und ihrem Alter angemessenen Arbeiten beschäftigt werden.

3. Von Ausnahmen für Werkstätten, in denen zur Herstellung von Zigaretten erforderliche Vorrichtungen oder das Sortieren von Zigaretten vorgenommen werden, wird abgesehen sein.

Die Berichte sollen bis zum 1. August d. N. einlaufen.

**Unternehmer und Polizei gegen die Arbeiterorganisation.** Den in den Ziegeleien und Schneidemühlen bei Oberberg in der Mark beschäftigten Arbeitern wird in der unverschämtesten Weise seitens der Unternehmer das Koalitionsrecht geraubt. Man verlangt unter der Drohung mit Entlassung, daß die Arbeiter aus ihrer Organisation austreten, und damit die Unternehmer ihr verwerfliches Ziel um so sicherer erreichen, legen sie den Arbeitern gedruckte Austrittserklärungen vor, die nur unterzeichnet werden brauchen, was auch infolge der Drohung mit der Hungerpeinigung häufig geschieht, worauf dann der betreffende

Unternehmer die Austrittserklärung an die zuständige Organisation schickt. Die in solcher Weise erzwungenen Austrittserklärungen sind nun, wie wir der Einigkeit entnehmen, von den Arbeiterorganisationen nicht immer ernst genommen worden. Die Organisationsleiter nahmen vielmehr an, daß die wider Willen abgegebenen Austrittserklärungen keine Gültigkeit hätten und daß die Betroffenen auch ferner Mitglied bleiben würden. Aus diesem Grunde unterließ auch die Abmeldung der Mitglieder bei der Polizei. Die Polizei waltet ja immer mit großer Gewissenhaftigkeit ihres Amtes, wenn ein so fürchterlicher Verstoß gegen die heilige preußische Ordnung stattfindet, wie es das Unterlassen der Mitteilung vom Ausscheiden einiger Mitglieder aus einer Arbeiterorganisation ist. Im Gegenzug zu den Leitern der betreffenden Organisationen nahm die Polizei die erzwungenen Austrittserklärungen sehr ernst und bedachte die Leiter der Organisation mit Strafmandaten wegen der nicht erfolgten Abmeldung ausgehender Mitglieder. Woher die Polizei wissen mag, daß für bestimmte Arbeiter Austrittserklärungen erfolgt sind? Nun, dem scharfen Auge der Polizei bleibt wohl mancher schwere Missetäter verborgen, selten aber die geringfügigste Übertretung, welche mit der Arbeiterbewegung zusammenhängt. Wenn nun eine solche Übertretung entdeckt wird, muß sie natürlich auch geahndet werden. — Böswillige Leute können natürlich glauben, die Polizei leiste den Unternehmern Hilfe bei der Vergewaltigung der Arbeiter und der Unterdrückung des Koalitionsrechts.

**Schuyman rechts und Schuyman links, Streifbrecher in der Mitte!** In Mainz, wo die Maurerausgesperrten sind, trafen 43 italienische Streifbrecher ein. Zahlreiche Schutzleute, sowie zwei berittene Gendarmen hatten sich am Bahnhof eingefunden, anscheinend, um den Italienern das Ehrengeleit zu geben. Als der Zug eingelaufen war, wurden die italienischen Maurer von dem Herrn Unternehmer Hauswald und einigen Polizisten in Empfang genommen, zu einer geschlossenen Kolonne formiert und dann, links und rechts, von den zahlreichen Jüngern der heiligen „Germania“ flankiert, nach den Quartieren im Gartenfeld abgeführt.

**Mißbrauch der eingereichten Mitgliederverzeichnisse und Erpressung.** Der Vorsitzende des Gaues Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes hatte beim Minister des Innern darüber Beschwerde geführt, daß die Polizeiverwaltung von Kolmar in Posen einem dortigen Unternehmer die Mitgliederliste der in Kolmar begründeten Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes übermittelt habe. Der Unternehmer benutzte die ihm gewordene Kenntnis in der Weise, daß er allen Arbeitern, die auf der Liste standen, kündigte, mit dem Zusatz: Wer innerhalb der vierzehntägigen Kündigungsfrist seinen Austritt aus dem Verbands erkläre, könne weiterarbeiten. Mit Recht rügte der Beschwerdeführer diese Auslieferung der Liste durch die Polizei als einen Bruch der Amtsverschwiegenheit, wodurch ein Erfolg des Koalitionsrechts der Arbeiter stark beeinträchtigt worden sei. Nachdem der Landrat die Beschwerde zurückgewiesen hatte, da er in der Handlungsweise der Polizeiverwaltung von Kolmar eine Verletzung der Pflicht zur Amtsverschwiegenheit nicht fand, wurde weitere Beschwerde eingelegt, welche den gewünschten Erfolg hatte. Der Regierungspräsident in Bromberg hat die Beschwerde gegen die abweisende Verfügung als begründet anerkannt und entsprechende Verfügung erlassen. Im weiteren hatte der Gauvorsitzende noch gegen den Unternehmer in Kolmar Strafanzeige wegen Erpressung erstattet, gestützt auf die mehrfach gegen streikende Arbeiter ergangene Urteile, indem er folgerte: Die Entlassung der gesamten Arbeiter, die dem Holzarbeiterverbande angehörten, in Verbindung mit der Mitteilung, sie würden wieder eingestellt werden, wenn sie aus dem Verbands ausscheiden, stellte die Ankündigung eines Übels dar zu dem Zwecke, sich einen Vermögensvorteil, auf den der Unternehmer keinen Anspruch hatte, zu verschaffen, nämlich um in Zukunft vor höheren Lohnforderungen und dem Verlangen günstigerer Arbeitsbedingungen, deren Erreichung der Zweck des Holzarbeiterverbandes ist, der organisierten und deshalb mit stärkerem Nachdruck auftretenden Arbeiter geschützt zu sein. Dieser Strafantrag ist indes zurückgewiesen. Der Justizminister als letzte Instanz lehnte ein Einschreiten ab, da der Austritt der Arbeiter aus dem Holzarbeiterverbande, welcher durch die Kündigung erreicht werden sollte, für den Unternehmer einen Vermögensvorteil nicht darstellte. Er übe namentlich auf die Höhe der Löhne an sich einen Einfluß weder unmittelbar noch mittelbar aus. Damit vergleiche man die Deduktion desselben Justizministers, die unter dem Gesichtspunkt, daß der Organisationszwang gegen Nichtorganisierte einen rechtswidrigen Vermögensvorteil darstelle, die Verfolgung solcher Handlungen als Erpressung empfahl. Hat diese Auslegung schon Schiffsbruch gelitten, als sie auch gegen Unternehmer sinngemäß zur Anwendung gelangen sollte? Es wird nämlich, diesen neuen Ministerentscheid in Erinnerung zu behalten.

**Bei der Gewerbeprüfung in Hannover** siegten die modernen Gewerkschaften mit 20facher Majorität. Ganze 212 Stimmen bekamen die Christlichen und Hirsch-Dunderschen, während unsre Liste 4738 Stimmen auf sich vereinigte gegen 2303 Stimmen bei der vorigen Wahl.

**Schutz der Arbeiter in der chemischen Industrie.** Auf dem in den letzten Tagen in Berlin stattgehabten Kongress der angewandten Chemie machte Prof. Hartmann-Charlottenburg folgende statistische Angaben. Im Jahre 1902 seien von Deutschen Reichs 107,2 Millionen Mark, seit dem Inkrafttreten der Unfallversicherungsgesetze, also 1885 bis 1902, insgesamt 811,6 Millionen Mark Unfallentschädigung gezahlt worden, dabei sei die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie für 1902 mit 2 Millionen, für die Zeit von 1885 bis 1902 mit 15½ Millionen Mark beteiligt. Um eine so große Belastung zu mindern, gäbe es nur das eine Mittel: strengste Durchführung der Unfallverhütungs-Vorschriften. Von den im Jahre 1901 entschädigten 1273 Unfällen entstanden 294 allein durch Sprengstoffe, heiße und ätzende Stoffe. Es zeigte sich häufig, daß lange Zeit für harmlos gehaltene Stoffe tatsächlich höchst gefährlich seien. So sei die Explosion in der Fabrik zu Griesheim im Jahre 1901, durch die 25 Personen getötet, 195 verletzt wurden, auf Nitrosäure zurückzuführen gewesen, die seitdem natürlich unter die vorsichtig zu behandelnden Stoffe aufgenommen sei. Es müßten aber seitens der Berufsgenossenschaften ständig dahingehende Untersuchungen vorgenommen werden, nicht erst dürfe vom Schaden und Unglück Belehrung abgewartet werden. Er sei in der Lage, mitzuteilen, daß seitens des Bundesrats eine ganze Reihe neuer Vorschriften für Unfallverhütung in der chemischen Industrie demnächst erlassen werden würden. Sehr notwendig sei auch eine intensive Beaufsichtigung der Betriebe durch Beamte der Berufsgenossenschaft. — Hierauf wurde die von beiden Referenten vorgeschlagene Resolution angenommen:

Der Schutz der Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit ist eine sittliche und wirtschaftliche Pflicht der Arbeitgeber in allen Industriezweigen, in der chemischen Industrie aber umso dringender geboten, weil

1. die Arbeiter sich der Größe der mit vielen Gemischen Stoffen und Arbeitsprozessen verbundenen Gefahren nicht völlig bewußt sind, oder  
2. den Zeitpunkt des Eintretens der Gefahr, auch wenn sie über diese belehrt worden sind, mangels ausreichender chemischer Vorkenntnisse nicht rechtzeitig erkennen können, und  
3. weil gewisse Schädlichkeiten erst bei dauernder Einwirkung auf den Organismus zu einer Gesundheitsgefahr führen, die erst erkannt wird, wenn Abhilfe nicht mehr möglich ist.  
Daher ist es notwendig, daß  
a) die Unfall- und Gesundheitsgefahren eingehend nach Ursache und Folgen studiert werden;  
b) die Arbeiter eindringlich auf die ihnen nicht erkennbaren Gefahren aufmerksam gemacht und zur Beachtung der Vorsichtsmaßnahmen angehalten werden;  
c) bei der Festsetzung von Sicherheitsmaßnahmen die Mitwirkung erfahrener Chemiker in weitgehendem Maße stattfindet.

**Die belgische Sozialdemokratie hat eine lebhaftere Agitation für die gesetzliche Sonntagsruhe unternommen und dadurch die liberale Partei, die seit Jahren von der Sonntagsruhe spricht, aber, obwohl sie die Regierung bildet und die Mehrheit im Parlament hat, nichts für deren Einführung tat, in arge Verlegenheit gebracht.**

**Ein demokratischer Fortschritt in der Schweiz.** In dem politisch verumpften Kanton Nargau ist ein erfreulicher demokratischer Fortschritt zu verzeichnen. Am letzten Sonntag ist in der Volksabstimmung mit 16 257 gegen 13 595 Stimmen die Volkswahl der Regierung und (der beiden) Ständeräte beschlossen worden, die bisher der Große Rat gewählt hat. Der Beschluß bedeutet eine Erweiterung der Volkswahl, einen Fortschritt in dem Ausbau der Demokratie und ein weiteres Mittel zur politischen Schulung und Erziehung des Volkes, das so unmittelbar einen bestimmenden Einfluß auf die Zusammenfassung der Kantonsregierung ausüben kann. Mit dem sonntägigen Beschluß tritt der Kanton Nargau in die Reihe der großen Mehrzahl der Kantone, welche die Volkswahl der Regierungs- und Ständeräte bereits haben, andererseits ist dadurch die kleine Zahl der in dieser Beziehung noch rückständigen Kantone weiter vermindert worden. Die Urheber dieses neuesten demokratischen Fortschritts im Kanton Nargau sind die organisierten Arbeiter, die zwar leider nur ein kleines Häuflein bilden, aber unermüdetlich an dem Ausbau der politischen und sozialen Verhältnisse arbeiten.

## Berichte.

**Berlin.** An die Mitglieder Berlins! In Anbetracht der Reichstagswahlen ist es eine Unmöglichkeit, noch im Laufe dieses Monats eine Mitgliederversammlung einzuberufen, die sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung und Neugeitaltung unsres Verbands beschäftigen kann. Deshalb ersuchen wir die Mitglieder, genau Kenntnis zu nehmen von den Bekanntmachungen des Vorstandes in Bremen in dem letzten Tabak-Arbeiter, welche darlegen, daß, wer sich vor dem 28. Juni der noch bestehenden fakultativen Zuschußkasse anschließt, nur eine 13 wöchige Karenzzeit durchzumachen hat, und dann bei eintretender Erwerbsunfähigkeit laut altem Statut noch eine 13wöchentliche Unterstützung beanspruchen kann. Auch ersuchen wir, davon Kenntnis zu nehmen, daß die Mitglieder sobald als möglich ihre restierenden Beiträge begleichen, indem am 28. Juni schon die Abrechnung des 2. Quartals erfolgen muß, da mit dem 1. Juli die neuen Bestimmungen sowie der Mehrbeitrag in Kraft treten.

Die Bevollmächtigten.  
J. A.: Sally Rosenthal.

**Langenbielau.** Der Streik bei der Firma Gebr. Raschke dauert ununterbrochen fort. Zu Verhandlungen mit dem Komitee hat sich die Firma noch nicht herbeigelassen. Die am Mittwoch stattgefundene Zusammenkunft der ausgesperrten bewies aufs neue das durchaus feste Zusammenhalten der Arbeiter; alle gelobten, den Kampf unentwegt bis zum Erfolg zu Ende zu führen. Die Arbeitswilligen sollen am vorigen Sonnabend wieder mit 2 Mark beschenkt worden sein. Man sieht daran, wie splendid die Herren Gebr. Raschke sein können. Ja, wenn dies nur immer so gewesen wäre, dann wäre der Streik nicht nötig; doch früher piff es eben anders. Einige Arbeiterinnen hatten sich mal erlaubt, den Proletarier in der Fabrik zu lesen. Dieses sah Herr Raschke nicht an und hatte nichts Siligeres zu tun, als den betreffenden das Blatt wegzunehmen und in den Ofen zu stecken mit den Worten: „So wird es gemacht!“ Ein andermal erlaubte sich Herr Raschke wieder, das Sachorgan der Tabakarbeiter in den Ofen zu stecken zu lassen. Sätten umgekehrt die Arbeiter sich je solchen Terrorismus und Eigentumsvernichtung erlaubt, welchen Raschke würde das gegeben haben. Herr Raschke hat sich aber nach Schlimmeres gegen die Arbeiter und Arbeiterinnen erlaubt, indem er eine Arbeiterin, welche gerufen war und nicht gleich zur Stelle kam, die Treppe hinunterzuwerfen drohte. Mehrere Arbeiterinnen drohte derselbe Herr, sie bei den Haaren vom Plafond herunterzuziehen, weil dieselben ihre Einlage zu spät abgeholt hatten. Einem Arbeiter verbot er, frühstücken zu gehen, trotzdem derselbe Akkordarbeiter war. Ein andres Mal richtete sich dieses Verbot gegen mehrere Arbeiterinnen und Arbeiter, welche ebenfalls nicht zur Minute mit Herrn Raschke Hunger verspürten. Man kann daraus ersehen, welche tiefes menschliches Gefühl Herr Raschke inneohnt und wie er mit Arbeitern umspringt. Weil dieses so ist und Herr Raschke absolut nicht mit sich reden ließ und läßt, sind die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Kampf gezwungen worden und werden denselben führen bis aufs äußerste. Die Firma Raschke war vor nicht allzu langer Zeit auch noch klein, jetzt ist sie aber groß geworden und fühlt sich; das dürfte die Erklärung für das scharfe Herborkehren ihres Herrenstandpunktes sein. Zugut ist nach wie vor fernzuhalten. Briefe und Geldsendungen sind zu richten an Oskar Klose, Zigarrenarbeiter, Langenbielau, 4. Bez. Nr. 102.

**Zangermünde.** Berichtigung. In Nummer 24 des Tabak-Arbeiter befindet sich ein Artikel, welcher auf Unwahrheiten beruht. 1. Ist es kein Radcaft des Herrn Baumberg-Jena, sondern Fr. Kracht und W. Böhl haben aus eigenem Interesse die Einfindung gemacht; wir sind auch nicht das Handwerkszeug des Herrn Baumberg, auch hat uns die Hungerpein nicht dazu getrieben. 2. Habe ich, Friedrich Kracht, am 3. Mai meine Verlobung gefeiert, wo ich meinen Freund eingeladen hatte, habe aber niemanden von der Fabrik zurückgehalten. Ein Kollege der Heineke'schen Zigarrenfabrik war anwesend in dem Lokal, wo ich feierte. Ich kann mich auch nicht entsinnen auf eine Agitation und eine Volksversammlung in Kahl in der Zeit vom 20. Juli bis 20. Oktober 1902. Auch hat Kollege Koch mir gegenüber ausgesprochen, daß die Porzellanarbeiter 4-5 Mk. pro Woche mehr verdienen und nicht feiern, also brauchen wir auch nicht zu feiern.

## Quittung.

Durch Johann Klose aus Ostlar a. S. 5 Mk., P. Pföhner aus Torgau a. Elbe 5 Mk., Ernst Panfirt aus Birnbaum 1.30 Mk. Allen Geben besten Dank.  
Der Streik dauert unverändert fort. Gelder und Briefe sind an Oskar Klose, Zigarrenarbeiter, Langenbielau, IV. Bezirk Nr. 102, zu richten.

## Vereinsteil.

### Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: Hamburg-Ohlenhorst, Mozartstr. 5, I.  
Ausgang: D. Sidow, Brandenburg a. S., Kurze Straße 8.  
Schiedsgericht: Karl Kraszig, Dresden, Schanzengr. 3, II.  
Eingegangen: Hausberge 75 Mk., Woltersdorf 100 Mk., Bischofswerda 50 Mk., Altmorichen 100 Mk., Langwedel 100 Mk. Summa: 425 Mk.  
Sterbefälle: Langwedel 50 Mk.  
Zuschüsse: Durlach 30 Mk., Rawitzsch 100 Mk., Deuben 50 Mk., Nellingenheim 100 Mk., Neustadt 60 Mk., Würzburg 100 Mk., Gamburg 150 Mk. Krankengelder: 57.85 Mk. Sa.: 647.85 Mk.  
Hamburg, den 15. Juni 1903. P. Otto.

### Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Marktstr. 18, II.  
Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II., zu adressieren.  
Geld-, Einschreibe- u. Vertiefungen nur an W. Niederweland, Bremen, Marktstraße 18, II.  
Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Heinrich Meißner, Hannover, Lange Str. 1, II., zu adressieren.

### Bekanntmachung.

Das Mitglied Paul Schiller aus Wittenberg, zur Zeit in Bevenfen b. Wipfen, ist nach § 8 gestrichen.  
Als verloren gemeldet wurde das Buch Ser. III, 00947, lautend auf Ernst Garwisch aus Baumgarten. Dasselbe ist beim Vorzeigen zu konstatieren und nach hier einzusenden.

Laut Beschluß der Dresdner Generalversammlung tritt am 28. d. Mts. das neue Statut mit seinen erhöhten Beiträgen in Kraft.

Es empfiehlt sich daher, bis zu diesem Datum die Abrechnungen abzuschließen. Den Mitgliedern ist daher anzuraten, da es notwendig ist, den Uebergang zu vollziehen, ihre Beiträge bis dahin zu begleichen, damit keine Reste mehr vorhanden sind.

Es sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß alle Mitglieder, die sich bis zum 28. Juni der im Verbands existierenden fakultativen Zuschußkasse anschließen oder angestrichen haben, in der Zeit vom 28. Juni 1903 bis 31. Dezember 1903 bei Erwerbsunfähigkeit, soweit sie mindestens 13 Beiträge entrichtet, 13 Wochen oder 78 Tage lang eine Unterstützung in der Höhe ihrer Klasse der jetzt geltenden Zuschußkasse, für die sie ihre Beiträge entrichtet haben, erhalten.

Die Reiseunterstützung wird bis zum 1. Juli 1904 ausbezahlt, von da ab tritt die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung in Kraft.

Die Bevollmächtigten und Revisoren werden dringend ersucht, für pünktliche Einendung der Abrechnungen Sorge zu tragen.

Bremen. Der Vorstand.

Vom Vorstande sind ernannt:  
Für Cauenberg: Bruno Weigelt als 1. Bev.

Provisorisch aufgenommen sind:

- Agnès Sebastian aus Wolka (Schlesien). (1)
- Richard Schubert, Ernst Börner aus Thiemendorf, Ernst Jähmig aus Gahlenz, Max Beter und Emil Röber aus Dederan. (266)
- Gottfried Treber aus Etenobben. (?)
- Suzanna Bunte aus Bismich, Anna Thiel, Auguste Wulke, Luise Wende aus Baumgarten, Anna Walde aus Salerau, Elisabeth Blach aus Bedern, Christian Pjilipp aus Neudorwerf, Rosina Woschner aus Stanowitz, Ida Maier, Maria Kother, Pauline Bruner aus Oslau. (248)
- Karl Schick, Wilhelm Bippoth aus Bödingen. (150)
- Wilhelm Wiegels aus Xanten, Robert de Woll aus Emmerich, Andreas Geelen aus Callar, Friedrich Ringel aus Clede, Bernh. Hannenberg, Joh. Dahmen aus Rees, Gerh. Kelsen aus Orsoy. (258)
- Marie Antje aus Dresden, Anna Scholz aus Wolfsdorf, Marie Hilscher aus Lobendau. (122)
- Alma Böller geb. Jährte aus Klein-Stechau. (124)
- Paul Schröder aus Spremberg. (333)
- Wilhelm Harbsmeyer aus Bloiß, Gustav Dulamp aus Hannover (beide z. N.), Aug. Flohr aus Lemgo. (205)

Etwaige Einwendungen gegen die provisorisch Aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

Bremen. Der Vorstand.

Die Reiseunterstützung wird ausgezahlt:  
In Mannheim: Schwesinger Straße 94.

Adressenänderungen:  
Für Cauenberg: Bruno Weigelt. Reiseunterstützung daselbst.  
Für Wattencheid: Heinr. Knüwe, 1. Bev., Chausseestr. 18.

Mitgliederversammlungen.  
(Mitglieder, besucht Euerer Versammlungen zahlreich!)  
In Düsseldorf: Sonnabend, den 20. Juni, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokale, Ratinger Str. 19. Tagesordnung daselbst. — Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht

J. A.: Der Bevollmächtigte.  
In Rhendt: Sonntag, den 21. Juni, Vormittags 10½ Uhr, im Vereinslokale bei Herrn Peter Bredes.

J. A.: Der Bevollmächtigte.  
In Bielefeld: Sonntag, den 28. Juni, Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Bollmeyer, Webereistraße 5. Tagesordnung: 1. Beitragszahlung und Regelung der Neuerrichtungen, 2. Bericht der Kartellbelegierten, 3. Verschiedenes. — In dieser Versammlung müssen sämtliche ihre Mitgliedsbücher mitbringen.

J. A.: Der Bevollmächtigte.

Chemnitz. Die hiesigen und auswärtigen Kollegen werden ersucht, die Beiträge bis zum 28. Juni zu begleichen, damit die Abrechnung pünktlich erfolgen kann.

J. A.: Der Bevollmächtigte.

Neudamm. Den Mitgliedern zur Kenntnisnahme, daß vom 28. Juni ab die neuen Beitragsmarken zur Verwendung gelangen. Damit die Abrechnung rechtzeitig aufgestellt werden kann, ersuchen wir die Mitglieder, sämtliche Beiträge der alten Scala bis zu obengenanntem Zeitpunkt gef. entrichten zu wollen.

J. A.: Der Bevollmächtigte.

Spremberg. Die Mitglieder werden ersucht, bis zum 28. Juni die Beiträge zu entrichten, damit die Abrechnung pünktlich erfolgen kann. Es wird gebeten, alle Reste zu begleichen, weil dann die neuen Beitragsmarken verausgabt werden.

J. A.: Der Bevollmächtigte.

**Empfehle äusserst preiswert alle Sorten**

## Roh-Tabake

für Zigarren-Fabrikation.

Sumatra-Decker, Vollblatt, 2. Länge per Pfd. 150-400	St. Felix-Decker, Surbief per Pfd. 160
Sumatra-Umblatt per Pfd. 110	Havanna-Vuelta-Blätter ff. Qualität per Pfd. 130
Domingo FF, großes volles Blatt per Pfd. 95	Java-Vorstenland-Umblatt per Pfd. 110
Carmen Ia, a, g, Brd. per Pfd. 90	Seedleaf-Umblatt, zart im guten Brand per Pfd. 95
St. Felix-Einlage, Surbief	

Empfehle zugleich noch mein ferngejundes, sehr blattiges, überseeisches **Losgut**, à 75 Pfg. pro Pfd. — Preise verzollt!

Verband von 9 Pfd. an fracht- und portofrei gegen Nachnahme.

**Johannes Pippert jun., Bremen.**

En gros. **Rohtabak** En détail.

## F. W. Helmecke, Magdeburg.

Grösste Auswahl! Billigste Preise!  
Preisliste gratis und franko.

## Roh-Tabak.

Sumatra à 145, 150, 170, 230, 250, 260, 270 bis 370. Java Umblatt, Vorstenlanden, von 95 bis 130. St. Felix Brasil von 95 bis 115. Losgut 85 u. 110. Seedleaf à 100. Carmen 105 bis 115. Mexiko Decke à 300. Havanna, Märker, Brasil-Gros und Elässer Nebut in guten Qualitäten empfiehlt und versendet unter Nachnahme. Kredit nach Uebereinkunft, jedoch nur ballenweise.

**Agentur und Kommission Herm. Herholz**  
Berlin, Brunnenstrasse 188.

Empfehle meine gesunden, tadellos brennenden

## Roh-Tabake

für Zigarren-Fabrikation

in allen Sorten und zu äusserst billigen Preisen.

Sumatra-Decker, 1., 2. u. 3. Länge, Vollblatt, hell, mittel und dunkel, von 130—400 Pfg.	Java-Umblatt von 95 Pfg. an
Sumatra-Umblatt von 105—115 Pfg.	Java-Einlage von 80 Pfg. an
Felix-Brasil von 85—105 Pfg.	Domingo, prima großblattige Ware, 80, 90, 100 Pfg.
Felix-Brasil-Decker von 160 Pfg. an	Carmen, prima großblattige Ware 80—110 Pfg.
Vorstenlanden-Decker von 150 bis 250 Pfg.	Seedleaf von 85—120 Pfg.

Ferner empfehle ich mein vorzügliches, aus rein überseeischen Tabaken bestehendes, sehr blattiges **Losgut** (gemischte und Einlage-Tabake) zu 75 Pfg., in Bahnrollen von 30 Pfund an zu 72 Pfg. Preise verstehen sich verzollt und per Pfund. Versand nur gegen Nachnahme.

**Albert Steen, Bremen.**

## Achtung — Rohtabak.

Bei vorkommendem Bedarf an **Rohtabak** ersuchen wir hiermit die geehrten Fabrikanten, uns zur Konkurrenz heranzuziehen, und sind wir stets bereit, in jeder gewünschten Farbe, Qualität und Preislage als Muster ohne Wert größere Handmuster abzugeben.

In der festen Ueberzeugung, daß wir in jeder Weise konkurrenzfähig sind, ersuchen nochmals, uns gütigst berücksichtigen zu wollen.

**Hengfoss & Maak**  
Altona-Ottensen.

## Max Otto, Roh-Tabak.

Hauptgeschäft: Berlin NO., Neue Königstrasse 6  
Filiale f. Detailverkauf u. Postversand: Berlin N., Brunnenstr. 38

empfehlen

Sumatra in allen Sortierungen und Farben zu 115, 120, 160, 200, 225, 250, 275, 300, 350, 400, 450, 550 Pfg.

Java zu 85, 90, 95, 100, 105, 115, 120, 125, 130, 135 bis zu 250 Pfg.

Brasil zu 100, 110, 115, 120, 125, 130, 135, 140, 145 bis zu 275 Pfg.

Domingo von 90 bis 115 Pfg. Carmen von 80 bis 125 Pfg.

Havanna, Mexiko, Märker, Pfälzer, Rebut.

Verband gegen Nachnahme. Krediterteilung nach Uebereinkunft.

Bei Bestellungen von auswärts erbitte ich, um beste Bedienung zu ermöglichen enaue Angabe der Wünsche über Farben und Blattgröße.

Formen, gebraucht, sehr gut erhalten, sehr preiswert.

En gros. **Billige Rohtabake!** En détail.

Gegen Nachn. verz.: Sumatra Deckblatt 130-425, Brasil 188-280, Java 90-380, Domingo, Seedleaf, Carmen 84-125, Los-Gut, rein amerif., ferngesund (Aufarbeiter!) 80. Rohtabakhandlung, Bremen, Neustadtshof 15.

**Lose zur 144. Kgl. Sächs. Landes-Lotterie** Ziehung 1. Klasse: 6. u. 7. Juli 1903

empfehlen **Robert Lederer**, amtl. Einnehmer, Leipzig, Wintergartenstr. 9.

Kaufpreis für Klassenlos:  $\frac{1}{10}$  5 M  $\frac{1}{5}$  10 M  $\frac{1}{2}$  25 M  $\frac{1}{1}$  50 M.

Voll-Los für alle Klassen: 25 M 50 M 125 M 250 M.

## Schönheitsfehler

jeder Art werden äusserst rasch und gründlich mit unschädlichen Mitteln ohne Verunstaltung nach bewährter Methode bittig beseitigt.

**Flechten**, **Beissen**, **Haarkrankheiten**, **Kopfschuppen**, **Kopfsgrind**, **Gesichtsausschläge**, **Knötchen**, **Schuppen**, **Mittelfer**, **Gesichts- und Nasenröte**, **Warstflechten**, **Sommerprossen** und **Flecken**, **Gesichtshaare**, **Sprödigkeit der Haut**, **Beingeschwüre**, **Kropf-** und **Drüsenleiden** werden durch **bristliche** Behandlung in kürzester Zeit radikal beseitigt. Zahlreiche Zeugnisse von Geheilten liegen vor. Briefporto nach der Schweiz 20 Pfg.

Man wende sich an **O. Mück**, prakt. Arzt in **Glarus (Schweiz) Nr. 134.**

**Geldmangel** zwingt mich, mein großes Lager in schönen, alten **Udermäder** sowie einigen hochfeinen **Marken besserer Decktabake** zum Selbstkostenpreis per Kasse zu verkaufen. Restfaktanten wollen ihre Adresse abgeben unter **T. R. 70** in der Exped. d. Blattes.

**Lüchtige Wickelmacherin** und **Roller** nach **Nieja** gefucht. Minimallohn 2.60 M. Kost und Logis im Hause. Reise wird vergütet. Offerten unter **L. M. 100**, postlagernd **Nieja** erbeten.

**Rohtabak!**  
Carl Roland, Berlin SO., Kottbuser Str. 3a (gegründet 1871) empfiehlt **Sumatra**, per Pfund 1.60, 2.30, 2.80 (hell), 3.30 M und höher. Alle anderen Tabake zu Amsterdamer u. Bremer Markt-Preisen. Sämtliche Tabake sind nur gesunde, wirklich brauchbare Ware.

Gesucht ein tüchtiger **Wickelmacher** nach **Thalwitz** bei **Burzen**. Lohn 2.50 bis 3 M. Freie Zuriichtung. **Karl Jakob**.

## E. Brinkmeier Bremen.

**Sumatra**  
Deli: Hochfeine, zarte 1. Vollblattlänge, ganz hell, ideal in Brand und Geschmack . . . Pfd. 365

Deli: Edle, zarte 2. Vollblattlänge, hell . . . Pfd. 250

Deli: Edle 2. breite Vollblattlänge, hellbraun . . . Pfd. 230

Deli: Feine 1. breite Vollblattlänge, mittelbraun . . . Pfd. 200

Deli: Feine 2. Vollblattlänge, mittelbraun . . . Pfd. 175

Deli: Schöne 2. Vollblattlänge, mittelbraun . . . Pfd. 150

**Vorstenlanden**  
1. Länge, Vollblatt, Ia. Decker Pfd. 140

**Java**  
Ia. Bezocki-Einlage mit Umbl. Pfd. 85  
Ia. reines Umblatt . . . Pfd. 110

**Felix-Brasil**  
Große, gedockte, sehr blattige Einlage . . . Pfd. 90  
Hochfeiner Decker, prima Brand und Geschmack . . . Pfd. 200  
Feiner Cruz d'Almas, Umblatt und Einlage . . . Pfd. 115

**Seedleaf, enorm preiswert**  
Hochfeines Umblatt . . . Pfd. 100  
Umblatt und Einlage . . . Pfd. 85

**Domingo**  
Hochf. Mokka-Gewächs, FF Pfd. 100

**Carmen, spottbillig**  
Hochfeines Umblatt Pfd. 90 und 100  
Umblatt mit Einlage . . . Pfd. 80

**Mexiko**  
Hochfeiner dunkler Decker . Pfd. 250

**Losgut, besonders preiswert**  
Aufarbeiter, enorm blattig, rein amerikanisch, ferngesund . Pfd. 75

Preise verstehen sich verzollt. Postkoll gegen Nachnahme.

Jeder Versuch führt zur dauernden Verbindung, wie der stetig wachsende Kundenkreis beweist. Umtausch anstandslos, daher kein Risiko.

**E. Brinkmeier, Bremen.**

## Jeder!

fordere sich sofort unsere neue Preisliste 22, muß unbedingt Jeder lesen. Enthält sämtliche Artikel mit ca. 1000 Abbildungen für die Cigarrenfabrikation!

Zusendung erfolgt kostenlos sofort! Größtes Cigarren-Wickelformenlager Deutschlands.

Jedes Façon stets am Lager. Preis der Formen: Originalfabrikpreis!

**Größtes Rohtabak-Lager!**

Deutsche sowie amerikanische Tabake! **Unstreitig** erstes u. größtes Fabrik- und Handelsgeschäft der Rohtabak- und Utensilien-Branchen. Jeder vergleiche unsere Preise mit anderen Preisen! **Unstreitig ohne Konkurrenz!**

**Besonders zu empfehlen:**  
Sumatra Umblatt, leicht, gut brennend, per Pfund verzollt 1.05 Mk.  
Sumatra Umblatt, viel Decken enthaltend, per Pfund verz. 1.30 Mk.  
Sumatra Stuchblatt, leicht deckend, schneeweißer Brand, mittel und helle feine Farben, per Pfd. verz. 2.25 Mk.  
Sumatra, 2. Länge, Vollblatt, hochfeine helle Farben, schneeweißer Brand, per Pfund verzollt 3.10 Mk.  
Gute Udermäcker Einlage à 70 Pfg. per 1/2 Kilo.

Außerdem ca. 60 verschiedene Muster **Sumatras**.

Kreditgewährung nach Uebereinkunft. Jeder fordere sofort **Preisliste 22** ein.

**L. Cohn & Co., Berlin N.**  
Brunnenstrasse 24.  
Fernsprecher: Amt 3, Nr. 513  
Telegramm-Adresse: Formencohn Berlin.

## J. H. Koopmann Bremen

empfehlen als äusserst preiswert:

für 120 g einen hochfeinen **Sumatra Decker**, 3. Länge, Vollblatt, hellbraune Farben, schneeweißer Brand, große Deckkraft; ferner seine **Sumatra Decken** in allen Farben und Längen von 150 bis 350 g; **Sumatra Umblatt** 100, 110, 120 g; **Surneo Decker** und **Umblatt** 100 und 110 g; **Havanna Decker**, seine Mittelfarben, zartes, volles Blatt und tadellos im Brand 450 g; **Mexiko Decker** 200, 220 g; **Cuba**, feines Blatt, 150 g; **Java Decker** 130, 140 g; **Vorstenland Decker**, braun 140 g, hellgrau 180 g; **Vorstenland Umblatt** und **Einlage**, hervorragend schöne Qualität u. Brand, 85 u. 90 g, feinstes Umblatt 105, 110 g; **St. Felix-Brasil Decker** 160, 180, 200 g; **St. Felix Umblatt** (Dannemann u. Co.) 120 g; **St. Felix Umblatt** und **Einlage** 85, 90, 95, 100, 105, 110 g; **Carmen Umblatt**, trocken und breitblättrig, feinste Qualität; 105, 85, 80, 75 g; **Domingo Umblatt** 80, 85, 90, 100 g; **Losgut**, rein überseeisch, meist Umblatt, 75 g.

Preise verzollt. Preise verzollt.

**Versand unter Nachnahme.**

## C. Strohmann, Bremen

Rohtabak en gros u. en détail.

Sumatra Decker Deli, Mittel- und helle Farben à Pfd. 150, 160, 180, 200, 250, 300 g. Sumatra Umblatt 110, 120 g.

Java Decker 130, 150 g. Java Umblatt 90, 100 g. Felix Brasil Decker PF. 180, 200 g. Brasil Umblatt u. Einlage 100, 120 g. Domingo Umblatt ff. 90, 100, 110 g. Carmen Umblatt, schönes Blatt, 80, 85 g. Losblatt, gesund, vollblättrig, 70—80 g. Nur rein amerikanische Tabake, garantiert weiß brennend, verzollt unter Nachnahme.

## Achtung!

Empfehle allen Leidenden meine sofort sicher wirkende **Hämorrhoiden-Salbe**. Wolf und sonstiges Mundfein sofort heilend. Viele Anerkennungen.

à Dose 1.50 Mk.

**Karl Heye, Nordgoltern b. Hamm.**

## Alle Roh-Tabake

in grösster Auswahl, billigste Preise. Guter Brand! Vorzügliche Qualität!

### Sämtliche Utensilien & Cigarrenfabrikation.

Sehr große Auswahl von Formen in jeder Façon zu Original-Fabrikpreisen.

**Heinrich Franck**  
Berlin N., Brunnenstr. 185.  
Man verlange illustriertes Preisverzeichnis.



**W. Hermann Müller**  
Berlin O., Alexanderstr. 22.



## Gelegenheit zu vorteilhaftem Einkauf.

Preise per Pfund verzollt.

Sumatra, zartes, zugiges Vollblatt, Deli-Gewächs, äusserst deckfähig, hellbraun, 2. Länge, phänomenal schöner Brand Mk. 1.60—4.00

Mexiko, hochedler Decker, sehr deckfähig, Brand tadellos Mk. 1.40, 1.60, 1.80

Java, Ia. Bezocki-Umblatt, leichte Qualität Mk. 1.05  
Umblatt u. Einlage . . . 0.95

St. Felix, kern. gesunde Einl. . . 0.80  
saure, blattige, gestreckte Einlage . . . 0.95  
lose Blätter, echter Cruz, grossblättrig, u. leicht aromatisch . . . 1.00

Carmen, Umblatt, feinste Gewächse . . . 0.90  
Umblatt mit etw. Einlage . . . 0.80—0.85

Yara, Capas, feinst. Havanna-Ersatz, Aufarbeiter mit Decker . . . Mk. 1.35

Losblatt, rein Carmen, sehr blattig . . . 0.70  
gemischter, überseeischer Tabak . . . 0.74  
gemischter, überseeischer Original-Tabak mit Felix . . . 0.78

Seedleaf, feinst. Connecticut Umbl. u. Einlage . . . 0.80  
feinst. Connecticut Umblatt . . . 0.90

Sämtliche Tabake sind hervorragend in Brand und Qualität. Geschäftsprinzip ist: durch reellste und billigste Bedienung mir die Zufriedenheit meiner verehrlichen Abnehmer zu sichern.

Versand gegen Nachnahme.

**J. D. Grünemann jr. Bremen.**

## Rohtabak!

Empfehle als besonders preiswert:

Sumatra-Decker, Vollblatt per Pfd. 145 g

Felix-Brasil-Einlage . . . 95 g

Seedleaf-Umblatt . . . 100 g

Havanna-Einlage . . . 125 g

Domingo, großes Blatt . . . 95 g

Losgut, ferngesund, rein amerikan., sehr viel Umblatt per Pfd. 80 g

Sämtliche Tabake sind hervorragend in Brand und Qualität. Preise verzollt.

Versand nur geg. Nachnahme oder vorherige Einzahlung des Betrags.

**Daniel Eickhoff**  
Bremen IV.

## Achtung!

Empfehle allen Leidenden meine sofort sicher wirkende **Hämorrhoiden-Salbe**. Wolf und sonstiges Mundfein sofort heilend. Viele Anerkennungen.

à Dose 1.50 Mk.

**Karl Heye, Nordgoltern b. Hamm.**

## Roh-Tabak

alle Sorten in grösster Auswahl zu billigsten Preisen.

Sumatra, Umblatt, à 110 und 115 g  
Sumatra, Decke, mittelf., à 185, 250, 270 g  
Vorstenland, Decke ff., à 160 g  
Brasil St. Felix, à 95, 105, 120 g  
Java, à 85, 90 g, Umblatt à 100, 115 g  
Carmen u. Domingo, Umblatt à 85 g

empfehlen als besonders preiswert

**S. Hammerstein Filiale**  
Vertreter: **Gustav Boy**  
Rohtabakhandlung und Versandhaus  
Berlin N., Brunnenstrasse 183.

## Tabak

### A. Goldschmidt

jetzt Berlin O.  
**Dirksenstr. 42**  
zwischen Spandauer Brücke u. Kochstr.

## Rohtabak!

Grösste Auswahl in billigen Preisen

Filialen in Berlin:  
im Norden: Brunnenstr. 25.  
im Osten: Koppenstr. 9.  
im Südost: Kottbuserstr. 2.

Filiale in Sachsen:  
Chemnitz, Brückenstr. 19.

Filiale in Schlesien:  
Ratibor, Jungfernst. 11.

**Emil Berstorff, Berlin C. 2.**

**Solider Zigarrenarbeiter**, der selbst Wickel macht, sucht sofort dauernde Beschäftigung. **Förster**, Zigarrenfabrik, **Senftenberg R.-L.**

**Zwei bis drei solide Zigarrenarbeiter** sind dauernde Beschäftigung. Meldungen sind erbeten an den 2. Bev. **Wilh. Kopp, Nebna** (Mecklenburg).

**Fließiger, ordentl. Zigarrenarbeiter** sofort gesucht. Minimallohn 8 Mark. Angebote erbittet **H. Schwarzbach, Zobten** (Bezirk Riegeln).

**Tüchtige, geübte Wickelmacherinnen** gesucht. Gute Behandlung und dauernde Stellung. Lohn 2.30—3.00 Mark pro Wille. Auskunft erteilt **Julius Fischer, Düsseldorf, Kirchstraße 1.**

**Zwei junge, tüchtige Zigarrenmacher** suchen bis 1. Juli lohnende Stellung. Gest. Offerten unter **H. 1000** an die Expedition dieses Blattes erbeten.

**Ganz perfekter Wickelmacher, Zigarrenmacher u. Sortierer**, 26 Jahre alt, welcher auch für Reife und Verband tätig war, sucht Stellung als **Vertführer**. Offerten unter **H. B.** an die Expedition dieses Blattes erbeten.

**Ein älterer Sortierer**, der auch Zigarren macht, sucht Stellung. Offerten unter **H. 1.** an die Exp. d. Bl. erbeten.

**Hermann Barth** aus **Sachsen**, wo steckt Du? Um Deine Adresse bitten Deine Freunde und Kollegen **J. Peters** und **Emil Witz**, Zigarrenarbeiter, **Seepen** bei **Bielefeld**.

**Johann Peters** aus **Revelar**, um Deine Adresse bitten Dein Kollege **Wilmann Zaun**, Zigarrenmacher, **Seepen** bei **Bielefeld**.

## Codes-Anzeigen.

Am 7. Juni starb nach langem schweren Leiden unser Kollege, das Mitglied **Emil Berger** aus **Schwetzn** a. W., im Alter von 26 Jahren an der Berufskrankheit.

Am 7. Juni starb er auf der Reise befindliche Kollege, das Mitglied **Albert Hinkel** aus **Rönigsberg i. Pr.**, im Alter von 56 Jahren am Herzschlag. Leicht sei ihnen die Erde!

Ein ehrendes Andenken bewahren ihnen **Die Mitglieder der Zahlstelle Schwiebus.**

Am 9. Juni starb nach längerem Leiden unser Kollege **Paul Mattbes** aus **Potsdam** im 57. Lebensjahre. Derselbe gehörte dem Verbands seit nahezu zwanzig Jahren an und war Mitbegründer der diesigen Zahlstelle. Er war ein treuer Anhänger unserer gerechten Sache. Möge ihm die Erde leicht sein!

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm **Die Mitglieder der Zahlstelle Schwiebus.**

Am 9. Juni verschied im hiesigen Krankenhause der Kollege **Karl Harbord** aus **Burg** (Holtstein) im 52. Lebensjahre. Er war Mitglied beider Klassen, überhaupt ein treuer Kämpfer unserer Sache. Leicht sei ihm die Erde!

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm **Die Mitglieder der Zahlstelle Schwiebus.**

## Briefkasten.

Vereins-Inserate müssen getrennt sein. — Andere Inserate sind vorher zu bezahlen. Bei Einzahlung der Beträge ist stets die Nummer des Blattes mit anzugeben.

**Jul. Fischer, Hiden.** Sie müssen sich bei der Post beschweren. — **M. A., Nebna** 40 g. — **H. S., Zoben** 40 g. — **A. J., Thalwitz** 30 g. — **J. F., Düsseldorf** 50 g. — **Koll., Seepen** 90 g (2 Inserate).

## Gegen die Erweiterung des gesetzlichen Arbeiterschutzes

hat sich das profitflüchtige Unternehmertum erklärt. Durch die Zeitungen ging folgende Nachricht:

„Die vom Reichskanzler veranlaßten Erhebungen über die etwaige Herabsetzung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiterinnen sind nunmehr abgeschlossen. Die Arbeitgeber haben sich nahezu ausnahmslos, darunter auch diejenigen, die bereits von ihren Arbeiterinnen nur eine zehnstündige Arbeitszeit bei einer Mittagspause von 1½ Stunden verlangen, entschieden gegen eine gesetzliche Festlegung solcher Arbeitszeit erklärt. Hauptächlich wird geltend gemacht, daß ein gewisser Spielraum bestehen müsse, schon damit manche Betriebe, die (wie beispielsweise Färbereien) im Winter das knappe Tageslicht auszunutzen hätten, in der Lage seien, die Mittagspause nur auf eine Stunde festzusetzen oder im Sommer 11 Stunden arbeiten zu lassen, wenn besonders zahlreiche Aufträge vorliegen. Würde man ihnen dies durch die vom Reichskanzler ins Auge gefaßte Abänderung des § 137 der Gewerbeordnung unmöglich machen, so würde die Folge sein, daß sie Arbeiterinnen überhaupt nicht mehr oder nur in beschränkter Anzahl einstellen würden.“

Die Antwort der Herren Fabrikanten beweist, daß sie nichts gelernt und nichts vergessen haben. Vergessen haben sie nicht das kleinste Titelchen des beschränkten Ausbeuterstandpunktes, der möglichst schrankenlose Ausnutzung der Arbeitskräfte fordert, zumal aber der billigen und willigen weiblichen Arbeitskräfte. Gelernt haben sie auch nicht ein Wort aus der Geschichte des gesetzlichen Arbeiterschutzes, insbesondere aus der Geschichte der Durchführung des Zehnstundentags der Arbeiterinnen — oder richtiger der Sechzigstundentage — in der englischen Fabrikindustrie. Und so haufen sie noch heute gegen die gesetzliche Verkürzung der täglichen Arbeitszeit der Arbeiterinnen mit den ältesten Ladenhütern, die nicht bloß durch die Theorie widerlegt worden sind, sondern auch seit mehr als einem halben Jahrhundert durch die Praxis. Wird die Regierung ein verständnisvolles Ohr haben für das eigennützig-Begehren der goldhungerigen kleinen Klasse von Kapitalisten oder für den Notsehrei des großen Heeres von Arbeiterinnen, die in Gestalt kürzerer Arbeitszeit ein Mehr an Gesundheit, Bildungsmöglichkeit, Lebensfreude, Mutterglück und Mutterpflicht fordern?

Es verlautete zunächst, die Reichsregierung sei nach dem Abschluß der Erhebungen über die Herabsetzung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiterinnen zu dem Entschluß gelangt, von einer Abänderung der Schutzbestimmungen im § 137 der Gewerbeordnung abzusehen. Die Wichtigkeit der Nachricht wurde offiziös bestritten. Welche aufgeklärte Arbeiterin ist jedoch naiv genug, diesem Dementi Glauben zu schenken? Graf Posadowsky erklärte im Januar 1901 im Reichstag, daß das, was (bezüglich der Arbeitszeitverkürzung) für die verheirateten Arbeiterinnen gilt, auch für die unverheirateten wird Anwendung finden können. Dazu brauchen wir keine neuen „Erhebungen“. Ein Jahr später beantwortete der nämliche Staatsmann die sozialdemokratische Forderung des Zehnstundentags für die Arbeiterinnen damit, es müßten neuerliche Erhebungen veranstaltet und insbesondere in der wichtigen Frage auch die Meinungen der Herren Unternehmer gehört werden. Bedenkt man die Wetterfahrigkeit, mit der die Regierung sich in der Frage des Zollwuchers nach dem Willen der tolleren Ueberzöllnerie gedreht hat und als annehmbar erklärte, was sie früher entschieden als unannehmbar verdammt: so muß jedes Vertrauen auf den Reformeifer der Regierung zu Gunsten der Arbeiterinnen zusammenbrechen.

Wollen die Arbeiterinnen der Regierung und den bürgerlichen Parteien wirksameren Schutz gegen die kapitalistische Ausbeutungsgewalt abtrotzen, so müssen sie mit dem gewerkschaftlich und politisch organisierten Proletariat kämpfen. (Gleichheit.)

## Wenn aber die Unternehmer streiken!

Gespräch zwischen einem Arbeiter und einem Kapitalisten.

Zur Wahlzeit, wenn die bürgerlichen Parteien, die sich sonst das ganze Jahr hindurch nicht um den Arbeiter kümmern, auf den Stimmenfang ausziehen, werden allerlei alte Ladenhüter aus dem Winkel hervorgeholt, um zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu dienen. Da spielt denn auch die Phrase von der Unentbehrlichkeit des Unternehmertums eine Rolle und man weist mit Grauen auf den kaum auszumalenden Zustand hin, wenn die Kapitalisten die Arbeit einstellen würden. Ein Kapitalist hält sich für unentbehrlich und glaubt, daß ohne ihn die Gütererzeugung nicht vor sich gehen könne. Seine „Arbeit“, die darin besteht, daß er Produktionsmittel sowie Arbeitskräfte kauft und letztere ausbeutet, erscheint ihm so wertvoll, daß er sich für berechtigt hält, einen großen Teil des Produktionsertrages für sich in Anspruch zu nehmen. Er steckt die Differenz zwischen den Herstellungskosten einer Ware und den Verkaufspreisen in die Tasche. Mit welchem Rechte tut er dies? Das ist die Frage, die uns der Kapitalist beantworten muß.

Der Kapitalist läßt sich mit seinem Arbeiter in ein Gespräch ein und entwickelt zunächst folgenden Gedankengang: „Wenn ich nicht bei der Produktion verdienen soll,“ so spricht er, „warum soll ich mich damit befassen? Warum soll ich mein Geld weggeben und das Risiko tragen? Viel besser ist es für mich, wenn ich die Waren, die ich gebrauche, fertig auf dem Markt kaufe?“

„Gut, mein Herr,“ entgegnet ihm der Arbeiter, „tue das, kaufe deine Waren fertig auf dem Markt. Wenn aber alle deine Brüder, wenn sämtliche Kapitalisten dies tun, woher wollt ihr denn die Waren nehmen? Ihr könnt dann höchstens euer Geld essen. Produziert muß aber werden, und wenn du es nicht tust, so tut es ein anderer. Wo bleibt also dein Verdienst um die Produktion?“

Der Kapitalist legt jetzt die Sache auf einen anderen Karren. Er verdreht die Augen, zieht sein Gesicht in fromme Falten und spricht: „Aber bedenke doch meine Enthaltensamkeit, lieber Mann. Ich hätte ja mein Geld verpraßeln und verjubeln können; statt dessen habe ich es in der Produktion angelegt. Soll meine Tugend denn unbelohnt bleiben?“

„Die Tugend ist der Tugend Lohn!“ entgegnete der Arbeiter mit Würde. „Das lehrt uns die Moral aller Zeiten und die von dir engagierten Moralisten und Pastoren predigen diese Wahrheit alle Tage. Höchstensfalls hast du Anspruch auf eine Belohnung im besseren Jenseits. Was willst du also? Hättest du dein Geld in Auktern, Sekt oder Trüffel angelegt, statt in Produktionsmitteln und Arbeitskräften, so wärest du jetzt im Besitze von Gewissensbissen, statt von Waren. Dein gutes Gewissen sei dein Lohn! Und noch eins, mein Freund, ganz im Vertrauen: Glaubst du wirklich, du könntest uns weismachen, daß du Entbehrung leidest? Du und deine Kollegen, die Stummis und Krupps und wie sie alle heißen mögen, ihr leidet wahrlich keine Not, ihr lebt hundertmal besser als eure Arbeiter und werdet trotzdem immer reicher. Dein Gefasel von Enthaltensamkeit ist weiter nichts als ein auf die Dummheit berechnetes Sand in die Augen streuen und zieht bei uns nicht mehr. Also her mit andern Gründen!“

Jetzt wird der Kapitalist kleinlaut und nimmt eine anspruchslose Haltung an. „Habe ich nicht selbst gearbeitet,“ so flehnt er, „habe ich nicht die Arbeit angeordnet, überwacht, beaufsichtigt? Soll denn meine Arbeit nicht entlohnt werden?“

„Selbstverständlich sollst du als „Arbeiter“ deinen Lohn bekommen, denn jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert. Hast du tatsächlich mitgearbeitet in deinem Betriebe, so sollst du dafür bezahlt werden wie jeder andre Leiter, Aufseher, Werkführer, Buchhalter u. s. w. auch. Aber du bist mit dem Lohn, den diese Leute beziehen, nicht zufrieden, du willst als Kapitalist bedeutend mehr haben. Und wenn du zufälligerweise Aktionär einer Gesellschaft bist, dessen ganze „Arbeit“ im Couponsabschneiden besteht, was dann? Wie willst du in diesem Falle deinen Profit rechtfertigen, da du als Aktionär doch weder entbehrst noch arbeitest? Du mußt also selbst zugestehen, daß deine bisherigen Gründe sehr windiger Natur sind.“

Wieder verändert unser Freund seine Haltung; er wird ärgerlich und stellt sich trotzig auf die Hinterbeine. „Geh ich nicht dem Arbeiter Gelegenheit, daß er arbeiten kann,“ fährt er auf. „Beschaffe ich nicht Rohmaterial und Instrumente, richte ich nicht Werkstätten und Fabriken ein, Sorge ich nicht für Beleuchtung und Heizung? Erweise ich ihm hierdurch nicht einen großen Dienst, ohne den dieser Gabe nichts gar nicht produzieren kann? Soll ich mich für diesen Dienst nicht bezahlen lassen?“ „Gernach, mein Lieber, nur gemacht! Nehmen wir an, du bist Besitzer einer Spinnerei; du hast Baumwolle gekauft, Spindeln angeschafft u. s. w. Nun läßt du deine Spinner diese Baumwolle in Garn verwandeln, du gibst ihnen, wie man das nennt, Lohn und Brot. Du leistest ihnen dadurch unstreitig einen großen Dienst. Aber — Hand aufs Herz! — erweisen dir deine Arbeiter nicht ebenfalls einen großen Dienst, indem sie für dich arbeiten? Wenn sie nicht bei dir arbeiten, würde ja deine Baumwolle verderben, deine Fabrik verfallen, deine Spindeln verrotten, deine Maschinen unbrauchbar werden. Versuche es doch einmal und laß den ganzen Kram auch nur ein einziges Jahr lang unbemüht liegen und du wirst merken, welch großen Dienst dir deine Arbeiter geleistet haben. Und wie wird ihnen dieser Dienst gelohnt? Nur das nackte Leben können sie fristen, während sie in harter Ironie sklavieren; du aber lebst herrlich und in Freuden, dein „Dienst“ ist somit viel bequemer, aber auch einträglicher, als der ihrige. Ist das Recht? Ist das Gerechtigkeit?“

„Was schert mich das Recht, was schert mich die Gerechtigkeit?“ braust er auf, denn er fühlt, daß er Unrecht hat. „Ich habe die Macht und damit Basta! Wem es nicht paßt, bei mir zu arbeiten, der mag es bleiben lassen; ich kann genug Arbeiter bekommen.“

„So ist es“ antwortet der Arbeiter, „dahin wollte ich dich gern haben.“ Dein angebliches Recht auf Ausbeutung ist weiter nichts als die brutale Macht des Stärkeren. Du beutest uns aus, weil du der wirtschaftlich Starke bist und wir müssen es dulden, weil wir zu schwach sind, noch zu schwach sind, um dein Joch abzuschütteln zu können.“

Noch einmal wird der Gereizte zudringlich. „So wollt ihr ohne Kapital produzieren, ihr Sabernichter“, höhnt er, „möge euch dieser Versuch gut bekommen. Ohne uns Kapitalisten seid ihr nichts, und wenn wir einmal, dem Rate unsres großen Bismarck folgend, unsre Arbeit einstellen würden, dann seid ihr fertig mit eurer Weisheit.“

Der Arbeiter lachte laut auf. „Du bringst mich gerade auf das richtige Thema. So höre also meine Antwort. Wenn wir Sozialdemokraten glauben, wir könnten ohne Rohmaterialien und Maschinen Verbrauchsgegenstände herstellen, so müßten wir komplet verrückt sein. Das sind wir aber glücklicherweise noch lange nicht. Wir wissen, daß wir das, was wir Kapital nennen, auch in einer zukünftigen, auf sozialpolitischen Prinzipien beruhenden Gesellschaft nicht entbehren können. Auch im „Zukunftstaate“ werden wir Baumwolle, Farbe, Maschinen z. n. nötig haben, wenn wir Garn spinnen wollen. Was wir aber dann ganz gut entbehren können, das sind die Kapitalisten. Die Sache liegt nämlich folgendermaßen. Wir, die Arbeiter, sind heute und für alle Zeiten unentbehrlich, denn unsre Arbeitskraft, mit deren Hilfe die Produktionsmittel verarbeitet werden, ist mit unsrer Person, unsrer Leiblichkeit untrennbar verbunden. Ohne Arbeit und daher ohne Arbeiter ist keine Gesellschaft denkbar, denn die Arbeit spielt die Vermittlerrolle zwischen Natur und Mensch. . . . Ihr aber, ihr Kapitalisten, seid als Personen gänzlich überflüssig. Ebenso gut wie ihr früher nicht waret, werdet ihr auch später nicht sein. Was euch heute notwendig erscheinen läßt, das ist einerseits Kapital, etwas von eurer Person Trennbares und Getrenntes. Die Produktionsmittel, die Baumwolle, die Ma-

schinen u. s. sind notwendig zur Produktion, die Kapitalisten sind in keiner Weise notwendig. Wir wollen aber das, was euren Wert ausmacht, erhalten und ins Gemeineigentum überführen, euch selbst aber wollen wir abschaffen, d. h. in arbeitende, produktiv tätige Individuen umwandeln. Oder richtiger gesagt, ihr werdet ganz von selbst von der Bildfläche verschwinden, weil eure Existenzberechtigung geschwunden ist. Eine Klasse, die keine Existenzberechtigung mehr hat, der der Boden unter den Füßen weggezogen worden ist, so daß sie mit ihren Ansprüchen und Privilegien in der Luft schwebt, eine solche, dem Untergange geweihte Klasse hält sich nur noch eine gewisse Zeit lang durch Anwendung künstlicher Mittel über Wasser, dann aber versinkt sie unrettbar und auf Nimmerwiedersehen im rauschenden Strome der Zeiten. Diese Mittel sind meistens ganz gewalttätiger Art und werden mit rücksichtsloser Brutalität angewandt, aber sie versagen zuletzt und schneiden ihre Anwender ins eigene Fleisch. Mit Kanonen kann man keine Ideen totschießen und Bajonette sind zu vielen Dingen nützlich, aber man kann sich nicht darauf setzen. . . . Du siehst aber, mein Freund, auch Kapitalisten fehlt jegliche Existenzberechtigung und ihr seid unrettbar verloren; der heranflutende Sozialismus wird euch hinwegschwemmen.“

Was vermöchte wohl ein Kapitalist sonst noch vorzubringen, um seine Existenzberechtigung resp. seine Unentbehrlichkeit zu beweisen? (Vereinsanzeiger.)

## Der Tabak als Heilmittel.

Bekanntlich wird der Tabak in großem Umfange als Heil- oder Desinfektionsmittel gegen die Schafräude gebraucht. In Ländern mit ausgedehnter Schafrucht, wie Argentinien, Australien, Südafrika, spielt daher der Tabak in der Schafräude eine besondere Rolle und meistens werden derartige Tabake oder aus Tabak hergestellte Extrakte zollfrei oder zu einem ermäßigten Satze eingelassen. In Argentinien wurden in den beiden Jahren 1900 und 1901 für 62 Millionen Pesos Tabak und Tabakwaren eingeführt, darunter allein für über 3 Millionen Pesos Extrakte (Krägemittel) zur Schafräude und außerdem für 1801 Pesos denaturalisierter Tabak, der wohl zu gleichem Zwecke Verwendung fand. Ein erheblicher Teil der Extrakte kam aus Deutschland.

Diese Heilmittel gegen die Schafräude (sarna) bestehen vorwiegend aus Tabakextrakten, doch werden auch alle möglichen andern Zusammensetzungen geheimer und nicht geheimer Herkunft, angewendet. In Argentinien bestehen verschiedene Fabriken, welche solche Antisarnicos herstellen. Jedoch werden die Hauptmengen vom Auslande bezogen und bedeutende deutsche Importfirmen haben darin einen großen Umsatz. Auf den Estancias bestehen besondere Schafräuder verschiedenartiger Konstruktion, um die Tiere mehrere Male im Jahre mit dem Krägemittel zu behandeln. Die Sarna soll bereits um das Jahr 1825 nach Argentinien eingeschleppt worden sein. Antisarnicos werden vom vorrichtigen Landwirt auch als Vorbeugungsmittel angewendet, und der Verbrauch muß mit dem Fortschreiten der rationellen Schafrucht noch weiter zunehmen.

## Gewerkschaftliches.

**Bielefeld.** Zur Beachtung! Die verheirateten Kollegen, welche gelommen sind, bei der Firma Ottopohl u. Horstfötter in Heepen in Arbeit zu treten und Wohnung zu nehmen bedenken, werden gebeten, sich vorher beim 1. Bevollmächtigten, A. Engels, Bielefeld, Petrisstraße 10, über die Verhältnisse zu erkundigen.

**Bovenfen.** Hier sind bei der Firma Scheidel Differenzen ausgebrochen. Die Kollegen wollen Bovenfen meiden.

**Griesheim.** Der Zugang nach hier ist wieder frei.

**Jauer.** Der Zugang nach hier ist streng fernzuhalten, da die Firma Lehms Maßregelungen vorgenommen hat.

J. A.: Der Bevollmächtigte.

**Röthen.** Die Sperre ist aufgehoben. Die Differenzen sind zu Gunsten der Arbeiter erledigt.

**Langenbielan.** Zugang nach Langenbielan ist fernzuhalten. Bei der Firma Gebr. Rasche ist Streik ausgebrochen. Beteiligt sind 43 Arbeiter und Arbeiterinnen.

**Schönlauke.** Die Differenzen sind zu Gunsten der Arbeiter erledigt und ist somit der Zugang frei.

**Schweidnitz.** Der Zugang nach hier ist fernzuhalten, da bei der Firma Andreßki Lohn Differenzen ausgebrochen, sowie auch schon Maßregelungen vorgenommen sind und weitere noch bevorstehen.

**Seiten.** Die Differenzen sind zu Gunsten der Arbeiter erledigt.

J. A.: Der Bevollmächtigte.

**Zobten.** Die Kollegen, welche in Zobten bei der Firma Reim. Schwarzbach in Arbeit zu treten bedenken, wollen beachten, daß der Minimallohn 8 Mark dort beträgt. Für bessere Sorten wurden 8.50—10 Mark pro Mille gezahlt.

**Zuckau (Niederlausitz).** Zugang ist streng fernzuhalten, indem bei der Firma C. L. Hugel sämtliche organisierte Arbeiter ausgeperert sind.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hielt in Berlin am 1. Juni seine Generalversammlung ab. Von den beschlossenen Statutenänderungen heben wir folgende hauptsächlich das Unterstützungsweisen betreffend, hervor: Im § 2, der über den Zweck des Verbandes handelt, lautet der 1. Absatz: „möglichste Beschränkung der Arbeitszeit und der Akkordarbeit, Befestigung der Ueberstunden und der Sonntagarbeit“. In dessen Stelle ist nachstehende Fassung beschlossen: „Regelung der Arbeitszeit und der Entlohnung durch kollektive Arbeitsverträge.“ — Der wöchentliche Beitrag ist für männliche Mitglieder auf 40, für weibliche auf 15 Pfg., das Eintrittsgeld auf 50 bezm. 20 Pfg. festgesetzt. Außerdem ist der Vorstand berechtigt, bei außergewöhnlichen Anlässen einen Extrabeitrag zu beschließen. Ein solcher Beschluß ist für alle Mitglieder bindend. — Art und Umfang der Unterstützung ist unter anderm dahin geändert worden, daß bei der Reise-

unterstützung, die bisher je nach der Dauer der Mitgliedschaft 42 bis 70 Mk. betrug, die insgesamt in einem Jahre erhoben werden konnte, die Gesamtsumme auf 60 Mk. nach einjähriger, 70 Mk. nach zweijähriger, 80 Mk. nach dreijähriger, 90 Mk. nach vierjähriger und 100 Mk. nach fünfjähriger Mitgliedschaft erhöht worden ist. Das Reise-geld beträgt pro Tag eine Mark.

Die Ortsunterstützung (Arbeitslosenunterstützung) wird in 52 aufeinanderfolgenden Wochen für höchstens 60 Tage gewährt und beträgt bei einer Mitgliedschaftsdauer von

	für männliche Mitglieder		für weibliche Mitglieder	
	pro Tag	pro Woche	pro Tag	pro Woche
52 Wochen	1.—	6.—	50 Pf.	3.—
104 "	1.20	7.—	58 "	3.50 "
156 "	1.35	8.—	67 "	4.— "
208 "	1.50	9.—	75 "	4.50 "
260 "	1.70	10.—	88 "	5.— "

Die Gesamtsumme der in einem Jahre (52 aufeinanderfolgende Wochen) zu erhebenden Ortsunterstützung darf jedoch nach einer Mitgliedschaft von

52 Wochen	60 Mk. für männliche,	30 Mk. für weibliche Mitgl.
104 "	70 "	35 "
156 "	80 "	40 "
208 "	90 "	45 "
260 "	100 "	50 "

nicht übersteigen.

Bisher wurde diese Unterstützung nur für höchstens 42 Tage und bis zur Gesamtsumme von 42 bis 70 Mk. für männliche und 21 bis 35 Mk. für weibliche gewährt.

Neu ist die statutarische Bestimmung, „daß Mitglieder, welche einen eigenen Haushalt führen, bei Veränderung ihres Wohnorts innerhalb des Deutschen Reiches infolge von Arbeitslosigkeit eine Beihilfe zu den Ueberfiedlungskosten gewährt werden kann. Voraussetzung hierbei ist, daß das Mitglied nachweislich auswärts Arbeit erhalten hat und die Entfernung des künftigen vom bisherigen Wohnort mindestens 30 Kilometer beträgt. Der Beitrag zu den Ueberfiedlungskosten darf je nach der Dauer der Mitgliedschaft von 20 Mk. nach einjähriger, steigend um 5 Mk. pro Jahr bis zu 40 Mk. nach fünfjähriger Mitgliedschaft nicht übersteigen; für die Verbandsbeamten sind die Umzugskosten in gleicher Höhe festgesetzt.

Neu sind auch die Bestimmungen bezüglich der Unterstützungen bei Maßregelungen. Danach wird während der daraus folgenden Arbeitslosigkeit Gemäßregelungenunterstützung auf die Dauer von längstens 13 Wochen bezahlt. Die Höhe derselben beträgt für das

männliche verheiratete Mitglied	Mk. 14.—	pro Woche
weibliche ledige	" 12.—	" "
" "	" 7.—	" "

Außerdem wird für jedes der Fürsorge des Unterstützten unterstehende Kind ein Zuschuß von 1 Mk., jedoch nicht mehr als 5 Mk. pro Woche bezahlt.

Die Aussperrung in Zserlohn ist beendet. Wie während der Aussperrung die Gendarmerie dem Unternehmertum dienstbar gemacht wurde, davon gibt nachstehendes, an die Zserlohner Fabrikanten verschicktes Schreiben Zeugnis:

Zserlohn, 30. Mai 1903.

An unsere Mitglieder!

Bez. der Ankunft auswärtiger Arbeitswilliger empfehlen wir Ihnen, den Oberwachtmeister der Gendarmerie Herr Karl (Wachtlokal beim Wirt Feldhaus, Wasserstraße) hiervon vorher zu benachrichtigen.

Der abholende Fabrikant muß den betr. Arbeiter bei Zuempfangnahme veranlassen, daß er den begleitenden Gendarm um Schutz gegen Angriffe und Ansprache fremder Personen ersucht. Wenn dies geschehen, dann ist der Gendarm befugt, jeden Zudringlichen sofort zu verhaften.

Auch kann der Fabrikant den betr. Arbeiter in Gegenwart der Gendarmen fragen: Wünschen Sie den Schutz des Gendarmen gegen Angriffe, Ansprache oder Ansprache fremder Personen? Weigert der Arbeiter diese Frage, so erhält der Gendarm ebenfalls die Befugnis der event. sofortigen Verhaftung von Zudringlichen.

Im übrigen ist zu empfehlen, daß fremde Arbeiter schon von Letmathe per elektrische Bahn oder von einer andern Station der Umgegend event. per Wagen abgeholt werden.

Hochachtungsvoll

Fabrikanten- und Arbeitgeber-Vereinigung von Zserlohn und Umgegend.

J. A. S. Vollmer jr., Geschäftsführer.

Die ausgesperrten gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bewegten sich im gesetzlichen Rahmen und waren obendrein solchen ungehörigen Maßnahmen der Fabrikanten ausgesetzt. Der Kapitalismus regiert und die bewaffnete Macht ist seine Schutzwehr!

Das Gewerkschaftstreffen in Halle hat sich, einem Antrage des Hirsch-Dunderschen Ortsverbandes entsprechend, für Aufstellung einer gemeinsamen Kandidatenliste für die nächste Gewerbeberufswahl ausgesprochen.

Der österreichische Gewerkschaftskongress ist am Montag voriger Woche in Wien zusammengetreten. Die österreichische Gewerkschaftsbewegung hat ebenso wie die deutsche in ihren Jugendjahren ungemene Schwierigkeiten zu überwinden gehabt; gleich wie ein Deutschland so wurde auch in Oesterreich die Gewerkschaftsbewegung durch Ausnahmegesetze verfolgt und blindwütig zerstört. Erst in den Jahren 1889—1891 begann von neuem der Aufbau moderner Gewerkschaften, aber jeder Schritt nach vorwärts konnte erst nach bitterem aufreibenden Kampfe getan werden. Der Gewerkschaftskongress zu Weihenraden 1893 schuf einen ersten sehr weiten und elastischen Rahmen einer Gesamtorganisation. Dieser gehörten damals isolierte, über das ganze Reich zerstreute Fachvereine mit zusammen rund 32 000 Mitgliedern an. Heute, nach noch nicht zehn Jahren, sind auf dem Kongress rund 160 000 organisierte Arbeiter vertreten, deren Hauptmasse in 47 Zentralvereinen zusammengefaßt ist. Diefelben verfügen über ein Jahresbudget von mehr als 2½ Millionen Kronen und über ein Gesamtvermögen von rund 3½ Millionen Kronen. Ihre oberste Instanz ist die Gewerkschaftskommission (entsprechend unfr. deutschen Generalkommission); sie haben ihre Landessekretariate, ihr Vertrauensmännerregiment und ihre vielgestaltige, vielsprachige, in rund 150 000 Exemplaren verbreitete Gewerkschaftspresse.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund versendet folgenden Aufruf an die Arbeiter aller Länder:

Genossen! Ihr habt ohne Zweifel schon durch die Presse erfahren, daß die Unternehmer-Organisationen der Stadt Bern die Aussperrung aller Bauarbeiter und Möbelschreiner beschlossen haben.

Vergangenen Sonnabend schon wurden diejenigen Arbeiter, welche eine vierzehntägige Kündigung haben, aufgefunden, nächsten Sonnabend werden diejenigen, welche auf wöchentliche Kündigungszeit angefaßt sind, ihre Auffündigung erhalten, und am Sonnabend, den 20. Juni, werden diejenigen ohne Kündigungszeit mit der Gesamtheit der übrigen gekündigten Arbeiter entlassen werden.

4000 Arbeiter sollen durch diesen brutalen Gewaltstreik der Berner Prinzipale aufs Pflaster geworfen werden, unter der Begründung, daß die im Streit befindlichen Zimmerleute nicht

zu einem Lohne arbeiten wollen, den wir einen Hungerlohn nennen müssen.

Die Unternehmer wollen um jeden Preis unsere Organisationen vernichten. Diesem freventlichen Beginnen müssen wir uns aufs entschiedenste widersetzen.

Genossen!

Wir dürfen nicht zugeben, daß unsere, von gewissenlosen Unternehmern auf so brutale Weise aus ihrer Arbeit geworfenen Kameraden Not leiden. Bereitet Euch überall vor, um den Berner Arbeitsbrüdern und ihren Familien zu Hilfe zu kommen. Bedenket, daß wenn sie unterliegen müßten, die Unternehmer in kurzer Zeit daselbe freventliche Spiel auch mit Euch versuchen würden.

Veranstaltet vom ersten Tage der Aussperrung an Sammlungen, deren Ertrag sofort an unsere Adresse abzusenden ist. Mit Genossengruß!

Im Namen des Bundeskomitees:

Das Sekretariat,  
Mattenhofstraße 12, Bern.

## Ein Lebenszeichen aus dem Zuchthaus.

Reichlich vier Jahre sind verfloßen, als an einem Wintertage, am 3. Februar 1899, jenes fürchterliche Löbtauer Zuchthausurteil gefällt wurde, das einige Bauarbeiter auf lange Zeit hinter die festen, finsternen Kerkermauern des Zuchthauses zu Waldheim brachte. Durch die ganze Kulturwelt hallte damals ein Schrei der Entrüstung ob der unglaublichen, nie dagewesenen Härte dieses Urteils. Und freudige Zustimmung in allen Kreisen der Bevölkerung fand es, als der sozialdemokratische Parteivorstand durch einen Aufruf zu einer Sammlung für die unglücklichen Opfer Partei ergriff und demonstrierte.

Ueber vier Jahre sind darüber hingegangen. Zehn Jahre Zuchthaus soll nach dem Urteil der am härtesten Betroffenen verbüßen. Die früher bestandene Hoffnung, daß man den so furchtbar Bestraften einen Teil ihrer Strafe erlassen werde, ist geschwunden. Begnadigungen und Erleichterungen finden wohl Arenberg und ähnliche Leute — arme Arbeiter dürfen darauf nicht rechnen, zumal wenn man sie als Verbrecher gegen die bestehende Gesellschaftsordnung hinstellt.

Die Erinnerung an jene traurigen Vorgänge in einem Dresdner Gerichtssaal kommt einem unwillkürlich an, wenn man einen Brief liest, den jetzt der am härtesten Gestrafte, Bauarbeiter Zwahr, an seine Schwester aus dem Zuchthaus heraus schrieb. Der Brief darf nach verschiedener Richtung hin allgemeines Interesse beanspruchen. Unser Dresdner Parteiblatt druckt ihn daher ab, er lautet:

Waldheim, den 7. Juni 1903.

Liebe Schwester!

Ich meinte Dich schon im Besitz meines am 31. v. M. an Dich gerichteten Briefes, da wurde mir am 6. Juni zu meinem nicht geringen Erstaunen mitgeteilt, daß derselbe nicht abgefaßt werden könnte, aus Gründen, die ich Dir nicht mitteilen kann. Daher bin ich veranlaßt, Dir einen zweiten zu schreiben; allerdings ist das Schreiben von hier aus nicht so leicht, denn man muß bei jedem gewärtig sein, daß man etwas anständig geworden ist, denn diese Erfahrung habe ich leider nicht zum erstenmal gemacht, obgleich ich mir sagen mußte, daß ich nach meiner Ansicht nur die Wahrheit geschrieben habe. Allerdings habe ich bei dem letzten mir einen sogenannten Formfehler zu schulden kommen lassen, aber daß dieser die Veranlassung zur Beschlagnahme sein könnte, hätte ich mir nicht träumen lassen. Es ist ja eine unabänderliche Tatsache, daß man sofort eine sogenannte Verstoßheit darin erblickt, wenn man seine Tat, wegen der man verurteilt ist, sowie die Strafe, die man sich deshalb zugezogen hat, für unbedingt zu hart erachtet, denn daß ich mir der Handlung und deren Folgen nicht bewußt gewesen bin, wird man mir doch ohne jeden Umschweif zugeben müssen. Liebe Schwester, weit entfernt bin ich davon, daß ich etwa, wie man mir erklärte, den Unschuldigen spielen will, daß ich aber die ganze Schwere des Gesetzes fühlen muß, auch dieses wird man nicht leugnen können, und daß man unter diesen Umständen verbittert wird, wer will einem das verargen?

Liebe Schwester, ich hoffe, daß ich es Euch noch werde durch die Tat beweisen können, daß selbst einer, der zehn Jahre Zuchthaus hat verbüßen müssen, doch noch den festen Willen haben kann, sich wieder in die Höhe zu arbeiten und so die Achtung seiner Mitmenschen, die er jetzt verloren haben muß, wieder zu erwerben. Wohl ist es heute nicht so leicht, auf den Erfolg zu rechnen, aber wie schon gesagt, ein guter Wille vermag viel, auch das schier Unmögliche möglich zu machen. Für mich steht ja die Welt noch offen, noch bin ich an nichts gebunden, was mir in meinem Vorfaß hinderlich sein kann, und darum bin ich nicht gezwungen, die Zukunft im schwärzesten Lichte anzusehen.

Liebe Schwester, unter den jetzt obwaltenden Umständen kann ich Dich nur ersuchen, den Gedanken an die abermalige Einreichung eines Gnabengesuches ganz und gar fallen zu lassen. Denn daß wir keine Aussicht auf Erfolg haben, das beweist die Erfahrung, die ich während meiner nun ziemlich fünfjährigen Strafzeit gemacht habe. Doch, liebe Schwester, ich will zum Schluß kommen, das weitere mündlich, sobald Ihr mich wieder mit einem Besuch erfreuen werdet. Soweit bin ich noch gesund, was ich von Euch allen auch hoffe. So bin ich denn mit vielen Grüßen an Euch alle

Euer Bruder Paul.

Wem steigt nicht Mitgefühl für diesen Armen und Groll gegen jenes Februarurteil im Herzen auf, wenn er diesen Brief gelesen hat?! — Der „Zuchthäusler“ mag sich beruhigen — die Achtung vor seinen Mitmenschen, vor vernünftigen Menschen, hat er nicht verloren. Und besonders die Arbeiterschaft wird ihm gern in seinem weiteren Fortkommen behilflich sein, sobald sich die Pforten des Zuchthauses für ihn geöffnet haben werden. Wir drücken auch bei dieser Gelegenheit unser tiefstes Mitgefühl für jene unglücklichen Opfer des Löbtauer Urteils aus!

## Amerikanische Arbeiter und Arbeitsmethoden.

In einem Aufsatze des „Handelsmuseums“ über die amerikanische Gefahr erzählt Dr. Adolf Drucker interessante Einzelheiten aus dem Berichte der sogenannten Moseleykommission, einer aus 23 Mitgliedern der englischen Trade Unions verschiedener Branchen zusammen-gesetzten Kommission, die unter Führung Mr. Alfred Moseleys Amerika besuchte, um die Grundlage der erhöhten Produktivität der amerikanischen Arbeit in den Werkstätten der Vereinigten Staaten selbst zu erforschen und die industrielle Superiorität Amerikas, die nun sogar auch England arg bedroht, zu ergünden.

Die Kommission stellte sich die Frage, ob nicht ein Hauptgrund der Leistungsfähigkeit Amerikas auf industriellem Gebiete darin zu suchen sei, daß der amerikanische Arbeiter im Durchschnitt stündlich mehr leisten könne, als der Engländer. Mr. Moseley selbst äußert sich über die höhere Leistungsfähigkeit des amerikanischen Arbeiters in folgen-

der charakteristischer Weise: „Der echte Amerikaner ist besser vorgebildet, wohnt, nährt und kleidet sich besser, ist energischer als sein britischer Kollege und ungleich nüchtern. Daher kann er seine Handarbeit mit mehr Verständnis und Aufmerksamkeit betreiben.“ Auch die anderen Experten räumen ein, daß die amerikanischen Arbeiter infolge besserer technischer Nachausbildung und besserer allgemeiner Schulung zur geistigen Erfassung ihrer Branche befähigter sind als die englischen Arbeiter. Auf die bessere Lebenshaltung weist auch der Pistor hin. Nach ihm gehört der amerikanische Arbeiter „seinen Anschauungen und der intellektuellen Ausbildung nach mehr der Bevölkerungsschicht an, die unserer Mittelklasse entspricht. Die Arbeiterwohnungen enthalten zumeist 4 Zimmer, Küche und Badezimmer, das eifrig benützt wird, und eine kleine Veranda vor dem Hause. Viele dieser Häuser gehören den Arbeitern zu eigen, viele Arbeiter sparen darauf hin.“

Der Bericht der Moseleykommission erzählt weiter, daß auch die Einrichtung der großen Fabriken diesem Komfort entspricht. Verschließbare Garderoben und bequeme Waschräume ermöglichen es den Arbeitern, die Fabrik in sauberen Zustände zu verlassen, und auch während der Arbeit auf Reinlichkeit achten zu können. Der englische Experte bemerkt hierzu: „Es ist das keine Frage der Humanität, sondern einfach eine des praktischen Geschäftes.“

Die Möglichkeit, durch hohe Arbeitsleistung den Lohn zu steigern, regt die Arbeiter zu großer Emsigkeit an. Nichtsdestoweniger wird übereinstimmend berichtet, daß die Arbeit ohne Hast vor sich geht. Das allgemeine Urteil geht dahin, daß es insbesondere der Gebrauch schnelllaufender Arbeitsmaschinen in Verbindung mit einer nach den praktischsten Gesichtspunkten eingerichteten Werkstättenordnung sei, was den amerikanischen Arbeiter zu größeren Leistungen befähigt. Der ausgedehnte Gebrauch arbeitssparender Maschinen in amerikanischen Werkstätten wird von allen Experten hervorgehoben. So weit wie nur irgend möglich, ist menschliche Handarbeit durch die Tätigkeit von Maschinen ersetzt. Von einer Möbelfabrik wird berichtet, daß nur die Zeichnung der Dessins und Vorlagen Handarbeit sei. Kein amerikanischer Fabrikant scheut sich, unter Beiseitesetzung veralteter Typen stets neue Erfindungen bei sich einzuführen. In diesen Bestrebungen wird er durch seine eigenen Arbeiter unterstützt.

Allerdings werden auch zur Bedienung der Arbeitsmaschinen nur gelernte Arbeiter verwendet. Es kommt nicht vor, daß eine Arbeit außerhalb der Fabrik verrichtet wird, wo durch das Zueinandergreifen der Organisation die ökonomischste Ausnutzung der Zeit möglich ist. Der Uebergang eines Arbeitsstadiums in das folgende ist sinnreich erleichtert, die Halbzeuge werden vielfach in den eigenen Fabriken dem Verarbeitungszweck ganz genau angepaßt, die Montierungsstücke sind bereitgestellt, so daß der Arbeiter seinen Platz gar nicht zu verlassen braucht. Denkschau erzählt von einer Schuhfabrik, die so eingerichtet ist, daß das einzelne Stück von einem Stockwerk ins andere mit Aufzügen direkt an den Platz des mit der Weiterbearbeitung beschäftigten Arbeiters gelangt. Freilich wird durch die damit verbundene weitgehende Arbeitsteilung ein Spezialistentum auf engstem Gebiete gezüchtet, gegen das die englischen Experten gewichtige Bedenken vorbringen. Die amerikanischen Fabrikanten sind aber so sehr von der Bedeutung einer praktischen Werkstättenorganisation überzeugt, daß in vielen Betrieben darauf bezügliche Vorschläge aus den Reihen der Arbeiter mit namhaften Remunerationen belohnt zu werden pflegen.

Die Kommission kam zu dem Schluß, daß der Grund der größeren industriellen Leistungsfähigkeit Amerikas nicht in einer besonderen Eigenart des Amerikaners, sondern in der rationelleren Betriebsform der Arbeit liege.

## Patente in der Tabakindustrie.

Patentliste geschützter Erfindungen, mitgeteilt vom Patentbureau O. Krueger u. Co., Dresden, Altmarkt. Angemeldete Patente:

- 24 034. Tabakzuführung für Zigarettenmaschinen. Swals Körner, Dresden-N.
- 20 023. Verfahren zur Herstellung der Wickelwalzen für Zigarettenmaschinen. Otto Wartmann, London.

Gebrauchsmuster:  
200 925. Maschine zum Benageln der Zigarrenformenbedel mit Fußtritt und selbsttätiger Zuführung der Nägel. Heinrich Bahn, Hanau.

## Litterarisches.

„Die Lehrlingsfrage.“ Von Julius Deutsch. Herausgegeben im Auftrage des Reichsverbandes der jugendlichen Arbeiter Oesterreichs. Inhalt: I. Gibt es eine Lehrlingsfrage? II. Welchen Zweck hat die Lehre? III. Wird dieser Zweck erreicht? 1. Die Lehrverhältnisse überhaupt. 2. Meisterlehre. 3. Lehrlingszuchterei. 4. Lehrzeit. 5. Arbeitszeit. 6. Behandlung. 7. Sonntagsruhe. 8. Die Tätigkeit der Genossenschaften. 9. Stellenvermittlung. 10. Die gewerblichen Schulen. IV. Wie ist eine Verbesserung möglich? (Gesetzgebung, Staatslehrwerkstätten.) V. Die Organisationen der jugendlichen Arbeiter. 1. Freie Vereine jugendlicher Arbeiter. 2. Nationale und Herikale Vereine jugendlicher Arbeiter. VI. Jugend und Sozialismus. — Die Broschüre ist 44 Oktavseiten stark, der Preis nur 20 Heller. (Auch in zwei Zehnellermarken.) Porto 3 Heller. — Zu beziehen durch den Verlag: Redaktion des jugendlichen Arbeiter, Wien, XIII/3, Zöchbauerstraße 2.

Die Neue Zeit, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Stuttgart, J. F. W. Diez Nachfolger. 21. Jahrgang, Nr. 37.

Irma v. Troll-Borostyáni, Katechismus der Frauenbewegung. 2. Auflage. Leipzig, Verlag der Frauenrundschau.

Dr. W. Marshall, Die Tiere der Erde. Eine vollständige Uebersicht über die Naturgeschichte der Tiere. Mit mehr als 1000 Abbildungen nach dem Leben, darunter 25 ganzseitige Farbendrucktafeln. Stuttgart und Leipzig, Deutsche Verlagsanstalt. Lieferung 3. Preis 60 Pfg. (Vollständig in 50 Lieferungen.)

**Kollegen! Agitiert für eure Organisation!**